

Legislaturziele der SP-Fraktion 2023 bis 2027

WIR ERGREIFEN PARTEI.

Für dich.

Für eine soziale Schweiz.

Für unseren Planeten.



KONKRETE POLITIK FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ

Wir leben in turbulenten Zeiten. Während der letzten vier Jahre jagte eine Krise die nächste. Die Covid-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die internationale Energie-Krise, die Angst vor der Stromlücke im Winter, ein Jahrhundert-erdbeben in der Türkei und Nordsyrien und schliesslich der Credit-Suisse-Crash: Der ständige Krisenmodus hat die politische Arbeit der SP-Fraktion in der letzten Legislatur stark geprägt.

Der Covid-Shutdown im März 2020 war für uns alle ein Schock. Die Welt wurde inert wenigen Tagen stillgelegt, Arbeiten unterbrochen, Fabriken geschlossen. Auch wenn die Anfangszeit der Pandemie für die Bevölkerung beschwerlich und beängstigend waren, so zeigte uns diese Erfahrung auch: Wenn der politische Wille gross genug ist, ist alles möglich. Das Primat der Politik hat sich in diesem Fall deutlich durchgesetzt.

Doch während für die Interessen der Grosskonzerne und der Superreichen jeweils in kürzester Zeit Lösungen gefunden wurden, blieben die Menschen immer wieder auf der Strecke. Für die CS-Übernahme durch die UBS setzt der Bund 109 Milliarden aufs Spiel. Beim Ausbau der externen Familienbetreuung wehrt sich FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter mit Händen und Füssen gegen vergleichsweise lächerliche 770 Millionen. Denn für die Bürgerlichen sind Fluggesellschaften und Banken too-big-to-fail; für uns aber sind die Menschen in unserem Land too-important-to-forget.

Zum Schutz der Kaufkraft der inländischen Bevölkerung haben wir uns deshalb mit aller Kraft für einen vollen Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten eingesetzt, für höhere Prämienentlastungen und für eine bessere Kontrolle der illegalen Mietzins-Explosionen. Für die Durchsetzung der Gleichstellung haben wir erfolgreich für eine Modernisierung des Sexualstrafrechts gekämpft. Wir finden, dass Eltern mehr Zeit brauchen, dank flächendeckenden und bezahlbaren Kitas und der Einführung einer Elternzeit. Und dank unserem Einsatz für das Klimaschutz-Gesetz und den Mantelerlass zum Ausbau der erneuerbaren Energien macht die Schweiz endlich grosse, konkrete Schritte hin zur Bekämpfung der Klimakrise.

Leider haben wir in vielen Bereichen nicht auf die Unterstützung der Bürgerlichen zählen können. Ab und zu konnten wir – dank der direkten Demokratie – mit Unterstützung der Stimmbevölkerung schlimmeres verhindern, zum Beispiel mehrere Steuergeschenke fürs Kapital. Doch das reicht nicht. Für die grossen Herausforderungen reichen nicht die Rezepte von gestern, sondern es braucht die neuen Ideen

von heute. Unsere Gegenwart und die Zukunft derer, die nach uns kommen, verlangen ein Ende der Gleichgültigkeit. Nicht erst morgen, sondern hier und jetzt. Das ist die DNA der SP-Bundeshausfraktion. Wir sind der Garant für den sozialen Wandel. Wir stehen konsequent für die Rechte der Schwächeren ein und lassen niemanden zurück. Wir ergreifen Partei für die Menschen in diesem Land – wir ergreifen Partei für Sie. Dafür brauchen wir jede Stimme.

Ich danke Ihnen im Namen unserer Fraktion für Ihre Unterstützung und freue mich mit voller Überzeugung auf die nächste Legislatur: Gemeinsam meistern wir jede Krise.



Samira Marti
Vize-Fraktionspräsidentin

INHALT

Kaufkraft stärken und Ungleichheit verringern	5	Verantwortung für globale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt in Europa übernehmen	63
1 Kaufkraft	6	25 Migration und Asyl	64
2 Renten und soziale Sicherheit	8	26 Europäische Zusammenarbeit	66
3 Wohnraum und Mieten	10	27 Völkerrecht und multilaterale Politik	68
4 Armutsprävention und Sozialhilfe	12	28 Aussenwirtschaft	70
5 Gesundheitswesen	14		
Klimakrise bekämpfen und Versorgungssicherheit garantieren	17	Frieden, Sicherheit und Demokratie verteidigen	73
6 Raumplanung, Umwelt und Naturschutz	18	29 Verteidigung und Friedensförderung	74
7 Energie und Klima	20	30 Öffentliche Sicherheit	76
8 Nachhaltige Entwicklung	22	31 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	78
9 Service public	24	32 Transparenz und Lobbyismus	80
10 Öffentlicher Verkehr	26	33 Bürger:innenrechte	82
In der Gleichstellung endlich vorankommen	29	Weiterführende Materialien	84
11 Geschlechterspezifische Gewalt	30		
12 Geschlechtergerechtigkeit	32		
13 Care-Arbeit und Kinderbetreuung	34		
14 Gesellschaft der Vielen	36		
Chancengerechtigkeit bei der Bildung, Kultur und Medienvielfalt fördern	39		
15 Medienvielfalt	40		
16 Digitalisierung	42		
17 Bildungswesen	44		
18 Hochschulen, Forschung und Wissenschaft	46		
19 Kulturförderung	48		
Steurgerechtigkeit und gute Löhne für alle sicherstellen	51		
20 Arbeitsmarkt	52		
21 Einkommen und Lohnungleichheit	54		
22 Nachhaltige Finanzpolitik	56		
23 Steuersystem	58		
24 Finanzplatz	60		

**KAUFKRAFT
STÄRKEN UND
UNGLEICHHEIT
VERRINGERN**

1 KAUFKRAFT

Ausgangslage

Die Schweiz ist ein reiches Land. Doch bei vielen Menschen bleibt am Ende des Monats immer weniger Geld übrig. Die überbezahlten Mieten und die explodierenden Kopfprämien der Krankenkassen belasten insbesondere die geringen und mittleren Einkommen schwer. Die Kosten für familienergänzende Kinderbetreuung sind hoch, ausserhalb der Städte und Agglomerationen bestehen kaum entsprechende Angebote. Viele Frauen arbeiten deshalb ungewollt Teilzeit oder steigen gar aus dem Beruf aus. Löhne und Renten stagnieren oder werden gekürzt, sie können die Lebenskosten immer weniger decken. Mit der Inflation werden die Löhne und Renten weiter entwertet. Die Kaufkraft ist unter Druck.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich dafür ein, dass die Kosten für Mieten und Krankenkassenprämien für alle bezahlbar werden. Die Immobilien- und Bodenspekulation muss eingedämmt, der nicht profitorientierte Wohnungsbau gestärkt werden. Die Prämientlastungen gehören ausgebaut. Es gilt, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zu erhöhen, namentlich mit gesetzlichen Mindestlöhnen und einem Ausbau der AHV. Und es braucht endlich Massnahmen gegen die explodierenden Mieten, indem die Umverteilung der Mieter:innen zu den Immobilienkonzernen gestoppt und Mietzinskontrollen eingeführt werden. Die SP fordert, dass die Konsumentenschutzbestimmungen an jene der EU angeglichen werden. Dazu braucht es ein umfassendes Konsumentenschutzrecht und den Schutz vor missbräuchlichen allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Lasten der Endverbraucher. Die Kaufkraft der Konsument:innen und Konsumenten muss gestärkt werden.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat mit mehreren Initiativen zentrale Kaufkraftthemen auf die politische Agenda gesetzt. Die Prämien-Entlastungs-Initiative fordert, dass die Krankenkassenkosten die verfügbaren Haushaltseinkommen nicht um mehr als 10 Prozent belasten. Zurzeit verhandelt die SP im Parlament dazu einen Gegenvorschlag. Zudem wurde gemeinsam mit den Gewerkschaften die Initiative für eine 13. AHV-Rente lanciert. Eine 13. AHV-Rente ist ein effizientes und einfach umsetzbares Mittel, um die Renten unmittelbar zu erhöhen. Auch hat die SP einen vollen Teuerungsausgleich bei den Renten gefordert. In verschiedenen Kantonen hat sich die SP zudem erfolgreich für die Einführung von Mindestlöhnen eingesetzt. Die SP hat massgeblich dazu beigetragen, dass die Fair-Preis-Initiative mit einer griffigen Anpassung des Kartellgesetzes umgesetzt wurde, so dass die gezielte Kaufkraftabschöpfung durch überbezahlte Importprodukte und im Onlinehandel wirksam bekämpft wird.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Mieten sind in den letzten fünfzehn Jahren um 36 Prozent stärker angestiegen als gesetzlich zugelassen. Allein im Jahr 2021 wurden pro Miethaushalt monatlich 370 Fr. zu viel bezahlt. Mit einer Revisionspflicht der Renditen sollen missbräuchliche Mieten unterbunden und die Wohnkosten für die Bevölkerung gesenkt werden.
- Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand muss deutlich erhöht werden. Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemeinden soll ausschliesslich im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger, also an Genossenschaften und gemeinnützige Stiftungen abgegeben werden.
- Die Prämien der Krankenversicherung müssen auf 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens begrenzt werden. Die Selbstbehalte und Grundfranchisen dürfen nicht weiter erhöht werden.
- Fehlanreize und überhöhte Preise, die die Gesundheitskosten steigen lassen, müssen behoben werden. Die Medikamentenpreise, insbesondere von Generika, sollen dank der Einführung eines Referenzpreissystems gesenkt werden.
- Die AHV ist der Grundpfeiler unserer sozialen Sicherheit und die wichtigste Einkommensquelle für die Rentner:innen. Obwohl dieser Grundsatz in der Verfassung verankert ist, reichen die Renten nicht zur Existenzsicherung. Die SP wird ihren Kampf für eine substanzielle Erhöhung der AHV-Renten, unter anderem mit der Einführung einer 13. AHV-Rente, sowie für eine finanzielle Konsolidierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, fortführen. Die langfristige Finanzierung muss in erster Linie durch die Erhöhung des Bundesbeitrags und der Lohnbeiträge garantiert werden.
- Die Gesetze zum Konsument:innenschutz müssen verbessert und mindestens auf EU-Niveau gebracht werden. Beispiele hierfür sind das Widerrufsrecht im Online-Handel oder die Garantiefrieten für Gebrauchsgüter.

Ausgangslage

Soziale Sicherheit umfasst alle Massnahmen, die den Menschen eine finanzielle Absicherung gegenüber Lebensrisiken bieten und sie vor Armut bewahren. Dank dieses Sozialsystems sind die Menschen in der Schweiz gut abgesichert. Doch unser Sozialsystem gerät zunehmend unter Druck: Der demografische Wandel und gesellschaftliche Entwicklungen führen zu neuen Lebensrealitäten in der Bevölkerung. Nicht zuletzt die Teuerung trägt ihren Teil dazu bei, dass das Sozialsystem ausgebaut werden muss. Derweil lanciert die Rechte frontale Angriffe zum schrittweisen Abbau des Sozialschutzes und sorgt mit ihrer Politik dafür, dass den Sozialwerken weniger Geld zur Verfügung steht. Dies etwa mit steuerlich begünstigten Dividendenausschüttungen – die erst noch AHV-befreit sind. Umso wichtiger sind heute konkrete Antworten auf diese Herausforderungen.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP ist die Anwältin der sozialen Gerechtigkeit. Die SP ist die Gründerin der sozialen Errungenschaften der modernen Schweiz und setzt sich für den sozialen Zusammenhalt ein. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle vom gemeinsam geschaffenen Wohlstand profitieren und niemand von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen wird. Jede Situation von Armut, Not oder Ausgrenzung ist das Ergebnis eines ungerechten Systems. Die soziale Sicherheit soll dies verhindern. Deshalb verteidigt die SP das bestehende Versicherungsprinzip gegen die schleichende Privatisierung aller Lebensbereiche. Zudem setzt die SP auf eine Systemreform des Sozialschutzes, um dessen Werkzeuge zu modernisieren, auf die neuen ökonomischen und sozialen Risiken auszuweiten und damit besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. Ferner setzt sich die SP für höhere Rentenleistungen und eine Stärkung der AHV ein.

Das hat die SP erreicht

Insbesondere in der Covid-Pandemie hat die SP ihre Rolle als Anwältin der Menschen wahrgenommen. Dank der SP konnten Arbeitnehmende im Tieflohnbereich auf eine hundertprozentige Kurzarbeitsentschädigung zählen. Auch für die Kulturschaffenden und Selbständigerwerbenden gab es dank dem Einsatz der SP umfassende Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Bezüglich der Alterspolitik und Rentenleistungen wurden wir in der letzten Legislatur stark von der rechtsbürgerlichen Mehrheit dominiert. Dennoch ist uns gelungen, relevante Verschlechterungen für die Menschen zu verhindern: Das knappe Ergebnis zur AHV21-Abstimmung hat gezeigt, dass weitere Erhöhungen des Rentenalters vor dem Volk chancenlos sind. Zusätzlich haben wir massgeblich zur Einführung eines zweiwöchigen Adoptionsurlaubs beigetragen.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP führt ihren Kampf für eine substanzielle Erhöhung der AHV-Renten sowie für eine finanzielle Konsolidierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung fort, damit das Verfassungsziel der Existenzsicherung erreicht werden kann. In einem ersten Schritt sollen mit der Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente die Renten um 8 Prozent erhöht werden. Weiter verfolgen wir mittel- bis langfristig das Ziel, Lohnprozente von der zweiten in die erste Säule zu verschieben und so die solidarisch finanzierten AHV-Renten zu erhöhen.
- Die Rentendifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt fast 60 Prozent. Schuld daran ist in erster Linie der schwierige Zugang zur beruflichen Vorsorge für Menschen mit tiefen Einkommen oder in Teilzeitanstellungen und die fehlende Abgeltung der unbezahlten Care-Arbeit. Die SP wird für eine bessere soziale Absicherung dieser Menschen, insbesondere der Frauen, kämpfen. Hierfür müssen unbedingt Betreuungs- und Erziehungsgutschriften sowie das Splitting in der zweiten Säule eingeführt werden, denn auch Care-Arbeit muss in der zweiten Säule rentenbildend sein. Wir wollen ausserdem die irrsinnig hohen Finanzabflüsse bei den Pensionskassen stoppen, die Vermögensverwaltungskosten gesetzlich eingrenzen und die Gewinnbeteiligung der Versicherer (Legal Quote) kürzen.
- Die SP wird sich für die Einführung einer allgemeinen Erwerbsausfallversicherung einsetzen. Sie soll allen Personen, die wegen Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Militär- bzw. Zivildienst keine Erwerbstätigkeit ausüben, finanziellen Schutz bieten. Bis zur deren Einführung braucht es unkomplizierte und rasche Verbesserungen beim Zugang zu Sozialversicherungsleistungen für prekär Beschäftigte und Selbstständige. Insbesondere Kulturschaffenden und Selbständigerwerbenden soll damit ein ausgebauter und umfassender sozialer Schutz zugesichert werden.

Ausgangslage

Wohnen ist kein gewöhnliches Konsumgut. Jeder und jede muss wohnen. Boden wiederum ist ein besonderes Wirtschaftsgut, weil es nur begrenzt zur Verfügung steht und sich nicht vermehren lässt. Profitorientierte Immobilienbesitzer:innen und Immobilienfirmen machen sich eine steigende Nachfrage zunutze und verlangen auf Kosten der Mieter:innen überhöhte Mieten. Auch viele KMU leiden unter den steigenden Bodenpreisen. Der Markt versagt hier: Er kann Angebot und Nachfrage nicht in Einklang bringen. Die Verfassung verbietet deshalb – theoretisch – missbräuchliche Renditen. In der Praxis wird dies jedoch nicht umgesetzt. Der Staat muss eine aktivere Rolle spielen. Öffentlicher Grund und Boden soll grundsätzlich nicht an Private veräussert, sondern für angemessenen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen sowie KMU im Baurecht zur Verfügung gestellt werden und mittels Mietzinskontrollen sollen die Preisexplosionen gestoppt werden.

Das sind unsere Grundsätze

Die Mietzinsen sind in den letzten fünfzehn Jahren 36 Prozent stärker angestiegen als gesetzlich zugelassen. Wegen rekordtiefer Zinsen und der Nullteuerung hätten sie massiv sinken sollen, da die erlaubten Mieten an die effektiven Kosten gebunden sind und zudem nur eine gesetzlich beschränkte Rendite erlaubt ist. Allein im Jahr 2021 wurden 10 500 Millionen Franken (oder pro Miethaushalt monatlich 370 Franken) zu viel Miete bezahlt. Mit einer periodischen Revisionspflicht der Miet-Rendite sollen missbräuchliche Mietzinsen unterbunden und die Wohnkosten für die Bevölkerung massiv gesenkt werden. Immer mehr Mietwohnungen sind zudem in den letzten 15 Jahren ins Eigentum von Immobilienkonzernen übergegangen; oft sind dies börsennotierte Gesellschaften oder Fonds, die seit der Lockerung der Lex Koller (2005) im Eigentum von globalen Investmentbanken sind. Da so zu viel Kapital um den knappen Boden konkurrenziert, werden Immobilien und somit Mieten immer teurer. Deshalb ist die Aufweichung der Lex Koller wieder rückgängig zu machen. Gleichzeitig stagniert der Anteil gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand bei knapp 4 Prozent, obwohl deren Expansion in der Verfassung verankert ist. Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemeinden soll ausschliesslich im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger, also an Genossenschaften und gemeinnützige Stiftungen, abgegeben werden. Zudem müssen Gemeinden wieder Land und Immobilien zukaufen. Es braucht deshalb ein Vorkaufrecht für Kantone und Gemeinden. Gleichzeitig setzt sich die SP für einen starken Kündigungsschutz der Mieter:innen ein.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP und dem politischen Druck der Initiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen» konnte der Fonds de Roulement um 250 Millionen Franken aufgestockt werden. Aus diesem Fonds werden gemeinnützigen Bauträgern zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen gewährt.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Bund, Kantone und Gemeinden müssen eine aktive Bodenpolitik betreiben. Sie sollen zudem den Erwerb von Boden und Liegenschaften durch die öffentliche Hand fördern.
- Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand (heute im Durchschnitt 4 Prozent) muss gesteigert werden. Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemeinden soll ausschliesslich im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben werden.
- Die öffentliche Hand soll über ein Vorkaufrecht für Land und Immobilien verfügen: Der Bund sowie staatliche Betriebe wie SBB und Post müssen bei Verkaufsabsichten ihr Land und die Immobilien zuerst den Kantonen und dann den Standortgemeinden zum Kauf anbieten.
- Die Zonenplanung muss für die Ausscheidung von Zonen für gemeinnützige Wohnbauten und günstige Räume für das Kleingewerbe sorgen. Es braucht zudem eine konsequente Mehrwertabschöpfung in den Kantonen bei Ein- und Aufzonen gemäss revidiertem Raumplanungsgesetz. Die Einnahmen sind gezielt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu verwenden.
- Der Zugriff ausländischer Geldgeber, Konzerne oder Fonds auf Schweizer Immobilien muss eingeschränkt werden, um die Überhitzung des Immobilienmarktes zu reduzieren.
- Die SP wird sich dafür einsetzen, dass Pensionskassen verpflichtet werden, in ihren Anlagestrategien einen Anteil des Kapitals in den Bau kostengünstiger Wohnungen zu investieren.
- Auf dem Wohnungsmarkt sind die Machtverhältnisse sehr ungleich. Die SP fordert deshalb ein stark ausgebautes Mietrecht mit wirksamen Kontrollen für einen tatsächlichen Schutz vor unbegründeten Kündigungen sowie Transparenzpflicht beim Anfangsmietzins. Mit einer periodischen Revisionspflicht (analog der Revisionspflicht bei Mehrwertsteuer, AHV-Beiträgen und ordentlichen Steuern) der Miet-Rendite oder Mietzinskontrollen sollen missbräuchliche Mietzinsen unterbunden und die Wohnkosten für die Bevölkerung massiv gesenkt werden.

ARMUTSPRÄVENTION UND SOZIALHILFE

Ausgangslage

In der Schweiz, einem der reichsten Länder der Welt, sind 1.3 Millionen Menschen arm oder armutsgefährdet. Das ist eine Schande. In der öffentlichen Debatte werden die Betroffenen für ihre Situation verantwortlich gemacht und verdächtigt, nichts «leisten» zu wollen. Hinzu kommt, dass rund 30 Prozent der Menschen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, diese gar nicht beziehen. Dies nicht zuletzt aus Angst vor sozialer Stigmatisierung oder vor einem möglichen Landesverweis. Wir wehren uns, dass nach unten getreten wird. Wir stehen ein für soziale Wärme statt Kälte.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP Schweiz versteht es als Kern ihrer sozialen DNA, sich für griffige Massnahmen gegen Armut einzusetzen. Dazu gehört der Kampf gegen jegliche Abbauvorlagen zu Sozialversicherungen, wie sie wieder und wieder von den Bürgerlichen lanciert werden. Dabei ist Armut auch hierzulande – trotz des enormen Reichtums – kein Randphänomen: Jede siebte Person in der Schweiz ist von Armut betroffen oder lebt knapp über der offiziellen Armutsgrenze. Ein besonders grosses Armutsrisiko haben Paare mit Kindern, Alleinerziehende oder Altersrentner:innen. Auch Menschen mit Behinderungen sind überproportional häufig von Armut betroffen. Das hat tausende Menschen von einem Abrutschen in Armut bewahrt. Für uns ist klar: Armutsbetroffene und Armutsgefährdete müssen gezielt finanzielle Zulagen erhalten, die ein würdiges und selbständiges Leben möglich machen.

Das hat die SP erreicht

Dank des enormen Engagements der SP steht die Schweiz nach der Covid-Pandemie europaweit sehr gut da: dank der unmittelbar eingeleiteten Massnahmen zur Armutsprävention – etwa die Lockerung bei der Auszahlung von Härtefallgeldern und Erwerbsentschädigungen –, hat uns die Pandemie im Vergleich zu den europäischen Nachbarstaaten wirtschaftlich gesehen deutlich weniger hart getroffen. Mit der Einführung von Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose haben wir zudem in der letzten Legislatur aktiv dazu beigetragen, das Armutsrisiko für ältere Arbeitnehmende zu reduzieren.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Der Zugang zur Sozialhilfe darf nicht vom Aufenthaltsstatus abhängen – dafür werden wir in der kommenden Legislatur weiterhin kämpfen. Zudem werden wir uns für einen einfacheren Zugang zur Sozialhilfe einsetzen, etwa durch ein erweitertes Informationsangebot für potenzielle Bezüger:innen und durch die proaktive Kontaktaufnahme mit den betroffenen Personen seitens der Kantone.
- Die Familiengründung ist eine der grössten Armutsgefahren überhaupt. Wir fordern daher Ergänzungsleistungen (EL) für Familien sowie höhere Familienzulagen. Letztere sollen sich in der Höhe an den Vorreiterinnen Waadt und Genf orientieren: Sie haben die vom Bund vorgeschriebenen Mindestzulagen von 200 Franken Kindergeld und 250 Franken Ausbildungszulagen für Jugendliche ab 16 Jahren verdoppelt. Mit einer schweizweiten Erhöhung dieser Zulagen wäre ein bedeutender Beitrag zur Armutsprävention geleistet.
- Umschulung und Weiterbildung sind ein probates Mittel, um der Armutsfalle zu entkommen. Dafür gilt es die Grundkompetenzen wie etwa bei Informations- und Kommunikationstechnologien zu stärken. Für Personen, die bereits Sozialhilfe beziehen, braucht es eine Weiterbildungsoffensive. Auch das RAV soll Umschulungen ermöglichen können. Dafür müssen mehr Stipendiengelder gesprochen und deren Zugang erleichtert werden. Auch muss die Rückzahlung flexibilisiert werden. Der Weg aus der Armut darf nicht in der Schuldenfalle enden.
- Die Sozialhilfe wird von den Kantonen geregelt und finanziert. Um die Gleichbehandlung zu fördern und die Betreuung der betroffenen Personen zu verbessern, fordern wir ein Rahmengesetz des Bundes zur Sozialhilfe und eine Harmonisierung des Existenzminimums auf dem Niveau der EL. Die wirtschaftliche Sozialhilfe soll nicht nur das Überleben sichern, sondern allen eine Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen. Das gleiche gilt für die IV. Hier fordern wir einen besseren Zugang und Renten, die zum Leben reichen.
- Die IV berücksichtigt psychosoziale Risiken nur ungenügend. Dieses Feld bedarf erhöhter Aufmerksamkeit. Wir fordern, dass die Langzeitfolgen wie Long Covid oder Impfnebenwirkungen umfassend erforscht und eng mitbegleitet werden.

Ausgangslage

Das schweizerische Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten weltweit. Die Gesundheitskosten steigen laufend und sind in der Schweiz aufgrund der Kopfprämien und der hohen, direkten Patient:innenbeteiligung besonders unsozial verteilt. Die direkte Beteiligung an den Gesundheitskosten steigt, wobei der solidarische, steuerfinanzierte Anteil kleiner wird. Hauptgrund für die Kostensteigerung insgesamt ist nebst technologischem Fortschritt und demografischer Alterung auch eine Mengenausweitung. Diese wird durch die Jagd nach Profiten der Versicherer und Pharmabranche ausgelöst. Kaum in einem Bereich wird so intensiv lobbyiert wie hier. Auf der anderen Seite laufen Pflegekräfte am Limit und der Fachkräftemangel ist in Gesundheitsberufen besonders prekär.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP kämpft für ein Gesundheitssystem als Teil des Service public. Deshalb ist es zwingend nötig, dass der Staat über genügend Kompetenzen im Versorgungsmanagement, bei der Dämpfung der Kostenentwicklung und bei der Leistungsfinanzierung verfügt. Die Versicherten sollten endlich gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen und nicht über unsoziale Kopfprämien. Dabei soll aber die gesamte Bevölkerung im ganzen Land von einer medizinischen Grundversorgung von hoher Qualität profitieren. Schliesslich setzt sich die SP nebst einer hohen Qualität im Gesundheitswesen und guten Arbeitsbedingungen in der Pflege auch für die Stärkung der Kompetenzen und Rechte der Patient:innen ein. Die Sicherheit, adäquate Behandlungen und der Wille der Patient:innen sollen im Zentrum der Überlegungen zur Gesundheitspolitik stehen.

Das hat die SP erreicht

Das Krankenversicherungsgesetz ist das Ergebnis sozialdemokratischer Knochenarbeit. Seither hat die SP ihr ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen, um substanzielle Verbesserungen zu erzielen. Während der Covid-Pandemie haben wir wesentlich dazu beigetragen, dass die Testkosten vom Bund übernommen wurden. Unsere Politik zu Long Covid hat weiter dazu beigetragen, dass auch seltene Krankheiten mehr Aufmerksamkeit und dringend benötigte Forschungsinvestitionen erhielten. Ebenfalls ins Scheinwerferlicht gerückt haben wir die Gendermedizin. Auch auf Seiten des Gesundheitspersonals konnten wir einen überaus wichtigen Erfolg erzielen. Auf die Annahme der Pflegeinitiative sind wir besonders stolz. Weiter erreichten wir einen sehr wichtigen Erfolg in der Gesundheitsprävention mit der Annahme der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak».

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Wir müssen von den unsozialen Kopfprämien wegkommen. Die Prämienentlastungsinitiative, die die SP Schweiz anfangs 2019 lanciert hat, soll hier in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass die Prämienlast der Bevölkerung gedeckelt wird. Mittel- bis längerfristig streben wir an, eine öffentliche Krankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien einzuführen. Auch werden wir dafür einstecken, dass dem starken Lobbying im Gesundheitsbereich Einhalt geboten wird.
- Die Gewinnorientierung im Gesundheitswesen verhindert, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung an oberster Stelle stehen. Wir werden uns gegen jegliche Privatisierungsversuche im Gesundheitsbereich wehren und uns für eine Verstaatlichung und ausreichende Finanzierung von Pflege- und Betreuungsleistungen einsetzen. Hierfür werden wir uns auch bei der Umsetzung der zweiten Etappe der Pflegeinitiative einsetzen: Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen besser werden.
- In der Covid-Krise wurde eine langjährige Forderung der SP endlich mehrheitsfähig: die Förderung einer staatlichen Pharmaproduktion. Wir müssen weg vom Gängelband multinationaler Pharmakonzerne, die horrenden Gewinne mit der Gesundheit von uns allen machen. Dafür muss sich die Schweiz – auch im Verbund mit der EU – unabhängig machen und selbst Medikamente und Impfstoffe der Grundversorgung erforschen, entwickeln und herstellen.
- Bei Medikamentenpreisen wie auch weiteren Kosten im Gesundheitswesen soll absolute Transparenz herrschen. Nur so können die astronomischen Profite der Pharmabranche kontrolliert werden. Medikamente sind in der Schweiz zu teuer. Wir setzen uns deshalb für faire Preise ein. Aber auch beim Verbrauch von Medikamenten setzen wir an. Die Verschwendung muss bekämpft und namentlich der stückweise Verkauf von Medikamenten eingeführt werden.
- Auch die Koordination (insbesondere in der Langzeitpflege) und integrierte Versorgung müssen verstärkt werden: Ein sinnvoller – und kostensparender – Lösungsansatz ist hier die Schaffung von Erstberatungsstellen und die flächendeckende Einführung des elektronischen Patientendossiers. Mit letzterem soll zudem die Digitalisierung zum Wohle der Patient:innen vorangetrieben werden.

**KLIMAKRISE
BEKÄMPFEN UND
VERSORGUNGS-
SICHERHEIT
GARANTIEREN**

Ausgangslage

Die Umwelt und die Biodiversität sind stark gefährdet; in der Schweiz sind mehr als ein Drittel der Pflanzen- und Tierarten bedroht. Würden alle Menschen auf der Welt so viele Ressourcen verbrauchen wie die in der Schweiz lebende Bevölkerung, müssten beinahe drei Planeten zur Verfügung stehen, um diesen Bedarf zu decken. Zudem führt unser aktuelles Wirtschaftsmodell zu einer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Auf diese Weise zerstören wir nicht nur unsere eigene Lebensgrundlage, sondern auch die von einheimischen Tier- und Pflanzenarten, welche durch invasive Arten weiter bedroht werden. Um Umwelt, Biodiversität und unsere Lebensgrundlage zu schützen, müssen wir jetzt handeln.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für eine griffige Raumplanungspolitik und einen schonenden Umgang mit der Umwelt ein. Konkret heisst dies, dass die SP eine Umweltpolitik anstrebt, die mehr Biotope, Moore, naturnahe Wälder, renaturierte Gewässer, Trockenwiesen und somit mehr Lebensräume schafft, um die Biodiversität zu stärken. Im Bereich der Raumplanung setzt sich die SP dafür ein, die Zersiedelung zu stoppen und die Umwandlung unserer Gemeinden, insbesondere im urbanen Raum, in grüne Ortschaften zu fördern. Denn grüne Gemeinden schützen vor Überhitzung, stärken die Biodiversität und verhindern die Versiegelung des Bodens. Die SP fördert eine nachhaltige Lebensweise sowie den Umwelt- und Naturschutz nicht nur durch Raumplanung, sondern auch indem sie eine Politik verfolgt, die eine umweltfreundliche Landwirtschaft anstrebt, erneuerbare Energien ausbaut und die Kreislaufwirtschaft stärkt. Diese Grundsätze verfolgt die SP auf nationalem wie internationalem Niveau, denn rund drei Viertel der Schweizer Umweltbelastung fallen im Ausland an.

Das hat die SP erreicht

Dank des Engagements der SP konnte durch eine konsequente Trennung von Bau- und Nichtbaugelände die Zersiedelung des ländlichen Raums gestoppt werden. Die Gebäudeanzahl und die Versiegelung der Böden ausserhalb bebauter Gebiete wurden stabilisiert, auch wenn noch Verbesserungen nötig sind. Dank der SP werden zudem das Trinkwasser und die Gewässer durch den verminderten Einsatz von Pestiziden und Nährstoffen besser geschützt. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative wird zudem dafür gesorgt, dass schweizweit genügend Schutzfläche geschaffen und vernetzt wird, um so ausreichend Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern. Zudem rückt die Klimafondsinitiative der SP den klimafreundlichen Umbau ins Zentrum der Schweizer Politik.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Aktionspläne Biodiversität, Pestizide und Bienengesundheit müssen konsequent und mit den notwendigen Ressourcen umgesetzt werden. Dazu gehören die Stärkung der Biodiversität, eine umfassende ökologische Infrastruktur, die Artenförderung sowie eine umweltfreundliche und naturnahe Wald- und Landwirtschaft.
- Der Pestizid- und Nährstoffeintrag muss minimiert werden, damit die Boden- und Wasserqualität verbessert und Mensch sowie Umwelt nicht weiter geschadet wird. Einer schlechten Wasserqualität vorzubeugen, ist ökologischer und günstiger, als Trinkwasserfassungen zu sanieren.
- Um unseren Verpflichtungen der Biodiversitätskonferenz (CBD COP15) vom Dezember 2022 in Montreal nachzukommen, müssen Schutzgebiete erhalten bleiben und weiter vergrössert werden.
- Die SP steht hinter der Berner Konvention: Der Wolf gehört zu unserem Lebensraum, er darf nicht wieder ausgerottet werden. Wir setzen uns für eine Koexistenz ein und unterstützen einen umfassenden Herdenschutz.
- Gebiete für die Nutzung erneuerbarer Energien von nationaler Bedeutung sollen in den Richtplänen der Kantone eingetragen werden. Dabei ist eine Interessenabwägung mit Natur- und Landschaftsschutz vorzunehmen.
- Die SP strebt mittels einer Volksinitiative klare Regulierungen für einen nachhaltigen Finanzplatz an: Finanzinstitute, Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen sollen ausschliesslich in nachhaltige Produkte investieren. Zudem sollen multinationale und Grossunternehmen konkrete Transitionspläne, die die Umwelt und Biodiversität schützen, vorlegen und konsequent einhalten.
- Die Verdichtung gegen innen muss in der Raumplanung vorangetrieben werden. Zusätzlich muss der urbane Raum zum Erhalt der Biodiversität durch die Reduktion von versiegelten Flächen und durch ein Verbot von Schottergärten beitragen.
- Der Plastikmüll, der zunehmend Böden und Gewässer belastet, muss so rasch wie möglich massiv reduziert werden. Es braucht den Verzicht und ein Verbot von Plastikverpackungen und Einwegprodukten.

Ausgangslage

Wir leben in einer von Menschen verursachten Klimakrise. Wie die zunehmenden Trockenheits- und Hitzerekorde zeigen, ist die Schweiz vom Klimawandel besonders stark betroffen: Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit beträgt die Erwärmung in der Schweiz schon gut 2 Grad Celsius. Ohne rasche Massnahmen nehmen Naturkatastrophen, Ernährungsprobleme und Verdrängungskonflikte zu. Mit dem Pariser Klimaübereinkommen hat sich die Schweiz zusammen mit den anderen Staaten dazu verpflichtet, ihr Möglichstes zu tun, um die Klima-Erhitzung auf maximal 1.5 Grad Celsius zu begrenzen. Das setzt eine grössere Energieeffizienz, den raschen und konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien und aus der Atomkraft sowie eine konsequente Förderung der Biodiversität voraus.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für ein starkes Engagement für den Klimaschutz und die umweltverträgliche Energiewende. Die Klima-Erhitzung lässt sich nur durch klare politische Rahmenbedingungen bremsen – dafür setzt sich die SP ein. Der Schweizer Finanzplatz soll ab 2025 keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Energieträger mehr tätigen. Unsere Partei strebt eine sozial gerechte Energie- und Klimapolitik an. Die Mobilität muss reduziert und elektrifiziert werden, so dass es ab 2040 keine Verbrennungsmotoren mehr gibt. Die SP fordert zudem, dass die rund 10 Milliarden Franken, die heute der Unterstützung fossiler Energien dienen, zukünftig für erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingesetzt werden. Damit stärken wir die lokale Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Die Schweiz gewinnt, wenn sie die Energiewende vorantreibt; die SP bringt sich dafür ein, dass diese Wende für alle Menschen finanzierbar und sozialverträglich ausgestaltet ist. Dies bedingt auch eine nicht privatisierte Energieversorgung und einen starken Service public.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat die Klima- und Energiepolitik der letzten Jahre massgeblich mitgestaltet. Die von der SP geprägte Energiestrategie 2050 hat wichtige Weichen gestellt bei der Förderung erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz und beim Atomausstieg. Erneuerbare Energien sollen mit dem Klimaschutzgesetz ausgebaut werden. Es ist uns gelungen, grössere Angriffe auf die Schutzinteressen von Natur und Landschaft abzuwehren. Dank der Förderung der erneuerbaren Energien konnten zahlreiche neue Arbeitsstellen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen werden.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Es braucht weiterhin eine ambitionierte Klimapolitik, um die Ziele des Pariser Übereinkommens auf nationaler Ebene umzusetzen und die durchschnittliche globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dies will die SP u.a. mit dem neuen CO₂-Gesetz erreichen.
- Damit die Schweiz bis 2050 das Ziel Netto-Null-Emissionen erreicht, muss der Umbau des Energiesystems schneller vorangetrieben werden. So soll der Absenkpfad zur Dekarbonisierung verbindlich gemacht werden. Die Energieeffizienz muss gesteigert, die Gebäudesanierung beschleunigt und der Energiekonsum auf ein vernünftiges Mass reduziert werden so, wie es die SP im Klimaschutz-Gesetz und im Mantelerlass erlangen will.
- Es braucht einen verbindlichen Ausbaupfad bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei Solar- und Windenergie. Die strategischen Infrastrukturen im Energiebereich müssen in öffentlicher, schweizerischer Hand bleiben.
- Der Strassenverkehr muss reduziert und mit erneuerbarem Strom elektrifiziert werden. Die Elektrifizierung muss in eine Gesamtstrategie eingebettet werden, damit ab 2040 keine Verbrennungsmotoren mehr notwendig sind. Öffentlicher Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr müssen gestärkt werden.
- Die Finanzplatzstrategie muss klimafreundlich werden. Es braucht Transparenz, Zielvorgaben für Anleger, Auflagen an die Nationalbank und eine CO₂-Abgabe auf Gewinnen aus klimaschädigenden Kapitalanlagen.
- Die Schweiz muss einen verursachergerechten Beitrag an die Finanzierung von Massnahmen in den Ländern des globalen Südens leisten, um die jährlich international zugesicherten 100 Milliarden Dollar für mehr Klimagerechtigkeit mitzufinanzieren.
- Der Steigerung der CO₂-Emissionen aus dem Luftverkehr ist dezidiert entgegenzuwirken. Es braucht eine Ticketabgabe. Der Ertrag soll in die internationale Klimafinanzierung fliessen. Wir fordern zudem, dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene für eine Kerosinsteuer einsetzt.
- Die SP kämpft für einen Ersatz von fossilen Heizungen auf erneuerbare Heizungen, wie es im indirekten Gegenentwurf zur Gletscherinitiative (Klimaschutz-Gesetz) festgehalten ist.

Ausgangslage

Armut, Hunger, Umweltzerstörung und zerfallende Staaten – in einer globalisierten Welt entscheiden die Herausforderungen über die Zukunft von uns allen. Die Schweiz trägt als weltweit führender Rohstoffhandelsplatz und als international fünfgrösster Finanzplatz eine globale Verantwortung. Um die nachhaltige Entwicklung zu fördern und unseren globalen Ressourcenverschleiss zu reduzieren, braucht es ein umweltschonenderes und weniger verschwenderisches Wirtschaftsmodell. Die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft ist dringend notwendig.

Das sind unsere Grundsätze

Die Schweiz muss als bedeutende Nutzniesserin der Globalisierung ihre Verantwortung wahrnehmen. Sie soll auf internationaler Ebene für eine gerechte und friedliche Weltordnung eintreten sowie ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung gemäss UNO-Agenda 2030 deutlich erhöhen. Die Bundespolitik muss zudem die Voraussetzungen schaffen, um die Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen. Ein solches Wirtschaftsmodell verringert nicht nur die lokale Umweltbelastung, sondern auch den Verbrauch von Rohstoffen. Somit soll die Ressourcenschonung mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit und Versorgungssicherheit der Schweizer Wirtschaft zu erhöhen und die internationale nachhaltige Entwicklung zu fördern, von Gesetzgebern und Behörden angeleitet werden.

Das hat die SP erreicht

Auf internationalem Niveau hat die SP erfolgreich alle Angriffe auf den 11-Milliarden-Rahmenkredit für internationale Zusammenarbeit abgewehrt, den der Bundesrat 2016 beantragt hat. Das kräftige Bekenntnis des Bundesrates zu den Zielen der UNO-Agenda 2030 und des Pariser Klima-Übereinkommens geht auch auf den Einsatz der SP zurück. Schliesslich setzte die SP erfolgreich den Rohstoffhandel und die unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüsse aus Entwicklungsländern (illicit financial flows) auf die politische Agenda. Im nationalen Rahmen legte die SP die Voraussetzungen für eine Kreislaufwirtschaft im Rahmen der Revision des Umweltschutzgesetzes. Diese Revision ermöglicht eine effiziente Handhabung der Abfall- und Recycling-Prozesse, klare Bestimmungen zur Reparaturfähigkeit sowie Vorschriften für unverkaufte Produkte und verschwendete Lebensmittel.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Ziele der UNO-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung sind konsequent umzusetzen. Die Kohärenz der politischen Bereiche für nachhaltige Entwicklung ist zentral. Deshalb sind alle sektoriellen Politiken – für Geld-, Währungs- und Finanzmärkte, Umwelt- und Klimapolitik, Handel, Technologie, Migration usw. – darauf auszurichten, dass sie die Ziele der UNO-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen und diese nicht aushöhlen.
- Die Entwicklungszusammenarbeit muss noch konsequenter als bisher auf fragile Kontexte ausgerichtet werden. Zentrale Bedeutung haben Programme, die auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen, die Berufsbildung und Einhaltung der fundamentalen Arbeitsrechte stärken, die Korruption eindämmen und die Demokratisierung fördern.
- Die Schweiz muss dazu beitragen, die Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in der Entwicklungspolitik zu stärken.
- Das international vereinbarte Ziel, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, und die Ziele des Pariser Übereinkommens müssen endlich umgesetzt werden. Herausforderungen wie der Klimawandel erfordern zusätzliche finanzielle Mittel. Diese Ausgaben sollen zusammen mindestens ein Prozent des BIP ausmachen. Dazu soll und kann eine Finanztransaktionssteuer beitragen.
- Graue Emissionen – die CO₂-Emissionen, die während der Herstellung und Lieferung von Materialien produziert werden – müssen sichtbar gemacht und in die Emissionen-Berechnung hinzugefügt werden.
- Die stoffliche Verwertung (Zerlegbarkeit von Geräten, Bauten und Anlagen, Recycling) und der Umweltschutz muss national und durch die Partizipation unserer multinationalen Unternehmen auch international verbessert werden.
- Es braucht klare und sozial ausgestaltete Massnahmen, die den Ressourcen- und Rohstoffverbrauch reduzieren und umweltschonendes Handeln fördern. Es sollen vor allem jene bezahlen, die die Umwelt am stärksten belasten. Wer sich nicht daran hält, soll dank eines griffigen Umweltstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden. Wer wenig verbraucht, soll entlastet werden.

Ausgangslage

Wir alle sind auf eine gute Grundversorgung angewiesen: Wir telefonieren täglich, fahren Zug oder Bus, versenden Pakete oder schauen die Tagesschau. Ein starker Service public ist aus gesellschaftlichen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen entscheidend. In ländlichen Regionen genauso wie in Städten und Agglomerationen ist ein zuverlässiger Service public mit guten, langfristig gesicherten Angeboten Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen, gerade auch für KMU. Qualität und Verfügbarkeit der Angebote und Infrastrukturen beruhen darauf, dass die Service-Public-Anbietenden ganz oder mehrheitlich in öffentlicher Hand sind und demokratisch kontrolliert werden.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für eine gute Versorgung in allen Regionen des Landes, auch dort, wo es sich rein betriebswirtschaftlich nicht lohnt. Zum Service public gehören neben Verkehr, Post und Telekommunikation auch Bereiche wie Bildung, Kinderbetreuung, Medien oder Gesundheitsversorgung. Service public bedeutet den flächendeckenden, kontinuierlichen und einfachen Zugang zu einem qualitativ guten Angebot. Die Preise müssen erschwinglich und innerhalb eines Sektors gleich sein. Zum Service public gehören faire Arbeitsbedingungen für die vielen tausend Menschen, die in diesen Unternehmungen täglich anspruchsvolle und für die Schweiz zentrale Leistungen erbringen. Service public bedeutet auch einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen. Die Unternehmen des Service public müssen weiterhin in öffentlicher Hand bleiben (Post und SBB zu 100 Prozent, Swisscom zu 51 Prozent). Liberalisierungen und Privatisierungen bekämpfen wir entschieden.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat den Service public an allen Fronten verteidigt und die Stärkung des Angebots vorangetrieben, gerade auch in der Covid-Krise, in welcher die Service-Public-Unternehmen eine entscheidende Rolle gespielt haben. Dank unseres Engagements konnten existenzbedrohende Verluste beim öffentlichen Verkehr abgewendet werden. Zudem konnte die SP einen politischen Prozess zur Wiederbelebung des Schienengüterverkehrs anstossen, indem das Dogma der Eigenwirtschaftlichkeit fallen soll. Weiter konnten auch die von den bürgerlichen Parteien vorangetriebene Privatisierung der PostFinance und damit die Schwächung des Postkonzerns verhindert und eine Breitbandstrategie im Sinne schnellerer Internetleitungen für das ganze Land vorangetrieben werden.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die strategischen Ziele der bundesnahen Unternehmen müssen eine flächendeckende, gute Grundversorgung zu angemessenen Preisen sicherstellen. In der Grundversorgung dürfen keine Steigerungen des Unternehmenswerts oder branchenübliche Renditen vorgeschrieben sein.
- Eine Unternehmenskultur, welche die Stärkung des Personals zum Ziel hat, soll branchenübergreifend etabliert werden. Die Digitalisierung stellt dabei eine grosse Herausforderung dar. Nur mit einer für alle zugänglichen Weiterbildung können die Unternehmen die Digitalisierung für die Zukunft nutzen. Dafür braucht es genügend Mittel sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern.
- Alle im Service public tätigen Unternehmen sollen in einer übersichtlichen Struktur organisiert werden, die demokratische Kontrolle ermöglicht. Auf Privatisierungen, Liberalisierungen, Auslagerungen und Abspaltungen ist zu verzichten.
- Die SBB muss finanziell investitionsfähig bleiben, daher ist sie im Umfang der coronabedingten Schulden zu rekapitalisieren. Auf ein enges finanzpolitisches Korsett seitens des Eigners ist zu verzichten. Sie darf auch nicht zum Verkauf oder zur administrativen Abspaltung ihrer Immobiliensparte gedrängt werden.
- Der Schienengüterverkehr muss wieder als Service public verstanden und ausgebaut werden. Das falsche Dogma der «Eigenwirtschaftlichkeit» bei SBB-Cargo muss im Interesse des Klimaschutzes, einer rationalen Verkehrspolitik und der Versorgungssicherheit des Landes überwunden werden.
- Die Post soll einen erneuerten und erweiterten Service-Public-Auftrag im Bereich der digitalen Kommunikation und Logistik erhalten. Eine Schwächung der Post durch Einschränkungen ihrer Tätigkeit darf nicht zugelassen werden. Die PostFinance soll weiterhin den Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr garantieren. Sie soll zu 100 Prozent eine Posttochter bleiben.
- Bund und Swisscom müssen sicherstellen, dass sie in gute, hochbreitbandige Infrastruktur investiert und alle Regionen des Landes gleichermassen versorgen, auch dann, wenn keine lokalen Partner zur Verfügung stehen.

10 ÖFFENTLICHER VERKEHR

Ausgangslage

Der öffentliche Verkehr (öV), bestehend aus Eisenbahnen, Bussen, Trams, Schiffen und Seilbahnen, ist ein zentrales Element des Service public. Er erschliesst alle Regionen des Landes in einem eng getakteten System, das grossmehrerheitlich pünktlich und sicher funktioniert. Aufeinander abgestimmte Angebote und gut unterhaltene Verkehrsinfrastrukturen sind wichtig für den Zusammenhalt des Landes und für unsere Volkswirtschaft. Im Nahbereich ist die Aktive Mobilität – zu Fuss gehen oder mit dem Velo fahren – zentral für Lebensqualität, Umweltschutz und Sicherheit. ÖV und Aktive Mobilität sind die zwei Pfeiler für eine menschen- und umweltgerechte Mobilität.

Das sind unsere Grundsätze

Wir setzen uns für einen gut ausgebauten, bedarfsgerechten öV in allen Regionen ein. Neben dem Ausbau sind für den nachhaltigen Unterhalt genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, ebenso zur Finanzierung der bewährten Agglomerationsprogramme. Damit werden auch Massnahmen finanziert, die einen attraktiven Fuss- und Veloverkehr fördern. Der Bau von neuen Strassen ist aus energie- und klimapolitischen Überlegungen möglichst zu vermeiden. Statt in Beton soll mit Hilfe der Digitalisierung vermehrt in intelligente Verkehrslösungen investiert werden. Der Bahnverkehr soll auch europaweit gestärkt werden: Für kürzere Strecken sollte grundsätzlich die Bahn und nicht das Flugzeug genutzt werden. Das setzt direkte, gut ausgebaute, grenzüberschreitende Zuglinien und ein entsprechendes Nachtzugangebot voraus. Auf Liberalisierungen und die Schaffung von künstlichem Wettbewerb im Bahnbereich ist zu verzichten. Auch für Güter gilt: Diese gehören auf die Schiene, sowohl im Innern des Landes als auch grenzüberschreitend.

Das hat die SP erreicht

Die seit Jahrzehnten von der SP geprägte Verkehrspolitik sowohl beim Personen- als auch beim Güterverkehr wurde von der Bevölkerung in mehreren Abstimmungen bestätigt. Die SP hat auch die Verlagerungspolitik vorangetrieben und zu einer europäischen Erfolgsgeschichte gemacht – 75 Prozent der alpenquerenden Güter werden mit der Bahn transportiert. Bei den Arbeitsbedingungen im Verkehrsbereich hat die SP zusammen mit den Sozialpartnern für gute Bedingungen gesorgt. Weiter hat die SP Fortschritte beim Lärmschutz und bei der Verkehrssicherheit erzielt, indem sie zum Beispiel ein Obligatorium für Assistenzsysteme von Lastwagen durchgesetzt hat. Die SP hat zudem in der Covid-Krise eine ausreichende Stützung der öV-Unternehmungen durchgesetzt. Das nationale Veloweggesetz ist zudem das Ergebnis des starken Engagements der SP an der Seite von gleichgesinnten Organisationen.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Das System der integrierten Bahn, der Taktfahrplan sowie der bezahlbare und freie Zugang zum öV-Angebot sind zu erhalten und zu optimieren. Das Herauslösen einzelner Bereiche aus dem Gesamtsystem oder Liberalisierungen gilt es abzuwehren.
- Das Zukunftsprojekt «Bahn 2050» muss zwei Ziele haben: 1. Den Umstieg der Menschen von der Strasse auf die Bahn auf den kurzen Strecken, also in den Agglomerationen und Regionen. 2. Den Umstieg der Menschen auf den langen nationalen und internationalen Strecken. Darum fordert die SP eine ambitionierte Planung und Investitionspolitik beim Bahnausbau, ohne den Unterhalt zu vernachlässigen.
- Für alle Angestellten des öV müssen soziale, in Gesamtarbeitsverträgen vereinbarte Arbeitsbedingungen gelten. Die Sicherheit des Bahnpersonals und der Fahrgäste hat höchste Priorität.
- Auf einen weiteren Ausbau der Nationalstrassen ist, wenn immer möglich, zu verzichten. Diese Klima- und Verkehrspolitik ist nicht erwünscht und schwächt das politische Ziel des Umstiegs möglichst vieler Menschen vom motorisierten Individualverkehr auf den öV oder Fuss- und Veloverkehr.
- Die Umsetzung des Anfang 2023 in Kraft getretenen Veloweggesetzes muss auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene eng begleitet werden. Gesprochene Gelder müssen für die Förderung der Aktiven Mobilität konsequent abgeholt werden.
- Die erfolgreichen Agglomerationsprogramme müssen zur Stärkung von öV, Fuss- und Veloverkehr weitergeführt werden. Dabei sollen deutlich mehr der vorhandenen Mittel zum Einsatz kommen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.
- Die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT), die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und flankierende Massnahmen müssen mit dem Ziel, die Verlagerungswirkung zu stärken, weiterentwickelt werden. Zudem braucht es eine Offensive für den Schienengüterverkehr im Inland. Strassenseitig braucht es in den Bereichen der Sicherheit sowie der Arbeits- und Ruhezeiten im Schwerverkehr stärkere Kontrollen.

**IN DER
GLEICHSTELLUNG
ENDLICH
VORANKOMMEN**

Ausgangslage

Gewalt gegen Frauen ist auch in der Schweiz weit verbreitet: 42 Prozent aller Frauen haben bereits einmal in ihrem Leben Gewalt in der Partnerschaft erlebt. 22 Prozent der Frauen haben unerwünschte sexuelle Handlungen erfahren. Sexuelle Belästigung haben 59 Prozent der Frauen erlebt und mehr als jede zweite Person kennt Frauen, die Opfer von sexueller Belästigung wurden. Wir leben in einer Gesellschaft, die geschlechterspezifische Gewalt toleriert und zu wenig hart sanktioniert. Dies geht auf Kosten der Sicherheit der Frauen.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich konsequent gegen geschlechterspezifische Gewalt ein. Ein Leben frei von Gewalt und Angst ist ein Menschenrecht. Wie die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festhält, ist die Verwirklichung von rechtlicher und tatsächlicher Gleichstellung ein wesentliches Element zur Verhütung von Gewalt. Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ist der Ausdruck von ungleichen Machtverhältnissen und ein Mittel zur Beherrschung und Diskriminierung von Frauen und hat strukturellen Charakter. Dies ist zur Bekämpfung von Gewalt wesentlich, denn sie kann nicht allein durch das Strafrecht oder repressive Massnahmen verhindert werden, sondern bedingt eine grundsätzliche Veränderung der Geschlechterverhältnisse.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Sexualstrafrecht revidiert wurde. Dabei wurde der Vergewaltigungsbegriff insofern ausgeweitet, dass die Nötigung wegfällt, was bedeutet, dass Opfer sich nicht mehr physisch wehren müssen, sondern eine implizite oder explizite, verbale oder nonverbale Ablehnung sowie das Eintreten einer Schockstarre (Freezing) reicht, um den Vergewaltigungstatbestand zu erfüllen. Zudem wird auch endlich anerkannt, dass auch Männer Opfer von Vergewaltigungen sein können. Weiter wurde durch die Einführung der Täter:innenarbeit ein wichtiger Schritt in Richtung Prävention gemacht. Zudem wurden von der SP angestossene Vorstösse überwiesen, um Krisenzentren für Opfer von sexueller, häuslicher und geschlechterspezifischer Gewalt in allen Kantonen zu schaffen, eine jährlich wiederkehrende Präventionskampagne gegen Gewalt durchzuführen und eine 24-Stunden-Beratungsstelle für Gewaltopfer einzurichten. Auf Antrag der SP hat das Parlament zudem eine Vorlage zur Sicherung des Aufenthaltsrecht von Migrant:innen bei häuslicher Gewalt ausgearbeitet.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Wir fordern eine Verbesserung des Opferschutzes: Auch Opfer von Menschenhandel mit Tatort im Ausland sollen Zugang zu Opferhilfeprogrammen erhalten. Zudem soll die Opferhilfe und die damit zusammenhängende Entschädigung von Opfern ausgeweitet werden. Dazu fordern wir die Sicherung der Finanzierung von Präventions- sowie Opferberatungs- und Betreuungsstrukturen.
- Für eine Besserstellung von Opfern von Gewaltdelikten ist es unabdingbar, dass die Strafverfolgungs- und weitere Behörden für den besseren Umgang mit ihnen geschult und sensibilisiert werden. Die SP wird sich zudem für die Einführung von traumasensiblen Strafverfahren einsetzen.
- Das Strafgesetz weist noch einige Lücken auf. Wir fordern, dass die Straftatbestände Stalking und Cybermobbing aufgenommen werden und Täter:innen auch wegen solcher Handlungen endlich rechtskräftig verurteilt werden können. Ebenso wird sich die SP für die Erweiterung der Antirassismustrafnorm zur Bekämpfung von geschlechterspezifischer Diskriminierung, Hetze und Aufruf zu Gewalt einsetzen.
- Opfer von Gewaltverbrechen benötigen besonderen Schutz und ein Umfeld, in dem sie sich sicher fühlen können. Hierfür fordern wir die Schaffung von ausreichenden sowie bedarfsgerechten Schutzplätzen. Zudem muss ein ausreichendes Unterstützungsangebot für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt geworden sind, mit genügend Plätzen in Frauenhäusern und Folgeleistungen, garantiert sein.

Ausgangslage

Dank der feministischen Bewegung geht es in der Gesellschaft voran. Man spürt einen breiten Willen zur Veränderung – und das ist gut so. Aber wir sind noch lange nicht da, wo wir sein sollten. Frauen stehen finanziell immer noch deutlich schlechter da als Männer. Junge Eltern stehen im Spannungsfeld von Beruf und Familie. Frauen sind weiterhin mit Sexismus und Gewalt konfrontiert. Gleichstellung ist keine Privatsache, sie geht uns alle an. Besonders in Zeiten, in denen konservative, rückwärts-gewandte Regierungen auf der ganzen Welt die Rechte der Frauen in Frage stellen oder gar beschneiden.

Das sind unsere Grundsätze

Die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter ist eines der wichtigsten Anliegen der SP. Die Partei setzt sich auf allen Ebenen für Selbstbestimmung, Chancengleichheit und gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ein. Die SP ist seit jeher die Gleichstellungspartei unseres Landes. Sie war und ist Vorreiterin der gleichstellungspolitischen Fortschritte in unserem Land.

Das hat die SP erreicht

Die SP-Fraktion engagierte sich in der letzten Legislatur stark für echte Fortschritte in der Gleichstellung. So konnten wir beispielsweise mit der Errichtung eines 24-h-Beratungsangebots für von Gewalt betroffene Personen, einer Präventionskampagne gegen Gewalt, der Errichtung einer nationalen, unabhängigen Anlaufstelle bei sexueller Belästigung, der Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter sowie einer Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen konkrete Fortschritte erzielen. Auch der Förderung der Familienergänzenden Kinderbetreuung verhalfen wir im Nationalrat zum Durchbruch. Doch gerade in sozialpolitischer Sicht in Bezug auf die Verbesserung der Altersvorsorge der Frauen fällt die Bilanz sehr ernüchternd aus. Auch waren während der Covid-Pandemie gemäss ersten wissenschaftlichen Befunden Frauen wesentlich stärker von den negativen Auswirkungen betroffen als Männer.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP wird sich für Lohnerhöhungen für sogenannte «Frauenberufe» einsetzen. Diese Löhne müssen endlich die hohen Anforderungen und die gesellschaftliche Verantwortung widerspiegeln. Zudem wirkt sich nur eine gerechte Entlohnung als Basis für eine faire Rentenbildung und Senkung der Altersarmut der Frauen aus.
- Ein grosses Problem sind die geschlechterspezifischen Lohnunterschiede. Diese sollen mit einer Verbesserung der staatlichen Lohngleichheitskontrollen durch eine Ausweitung auf alle Unternehmungen, mehr Verbindlichkeit durch wirksame Sanktionen sowie eine flächendeckende Einführung von Lohntransparenz bekämpft werden.
- Wir werden uns für eine Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent für die Wahllisten für National- und Ständerat, im Bundesrat, in der Bundesverwaltung und an den eidgenössischen Gerichten einsetzen.
- Die Istanbul-Konvention muss endlich umfassend umgesetzt werden. Hierzu fordern wir insbesondere die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Gewalt gegen Frauen und die Sicherstellung der ausreichenden Ausbildung von Polizist:innen sowie Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden im Bereich Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.
- Die Revision des Sexualstrafrechts war dringend notwendig und gelang nur dank dem enormen Engagement der SP-Fraktionsmitglieder. Wir werden uns in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, dass diese Revision jetzt auch so umgesetzt wird.
- Der Kampf um Gleichstellung hört mit der Revision des Sexualstrafrechts nicht auf – wir haben immer noch einen weiten Weg vor uns. Die SP wird sich dafür einsetzen, dass es hier weitergeht, namentlich bei der Verstärkung des rechtlichen Schutzes gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Zudem fordern wir die Erhöhung der Sanktionen bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass Massnahmen eingeführt werden, um die Propagierung von sexistischen Rollenbildern in Medien und Gesellschaft zu bekämpfen.

Ausgangslage

Eine wesentliche Voraussetzung für die Gleichstellung ist eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung. Sie ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabdingbar. Denn Frauen übernehmen nach wie vor den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit. Sie reduzieren ihr Arbeitspensum und verzichten gleichzeitig auf Weiterbildungen und Karrierefortschritte. Die Folge: Sie verdienen weniger und ihre Rente fällt tiefer aus als jene der Männer. Jedes Jahr verdienen Frauen 100 Milliarden Franken weniger als Männer, obwohl sie die gleiche Anzahl Stunden arbeiten. Familienergänzende Betreuung ist heute nicht für alle Familien zugänglich; aber auch die (unbezahlte) Pflege kranker Angehöriger ist meistens nur schwer mit der (bezahlten) Arbeitsstelle vereinbar.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für eine moderne und soziale Familienpolitik, die den Schwerpunkt auf Chancengleichheit legt. Ein Kind zu erziehen sollte weder ein Armutsrisiko darstellen noch zu sozialer Ausgrenzung führen. Alleinstehende Personen mit Kindern und Familien mit mehreren Kindern sind besonders oft von Armut betroffen. Für sie fordern wir daher staatliche Unterstützung auf finanzieller und organisatorischer Ebene. Die SP hat bereits die Kita-Initiative lanciert, die eine ausreichende Anzahl von guten Kita-Plätzen zu erschwinglichen Preisen fordert. Eine bessere Verteilung der unbezahlten Hausarbeit zwischen Männern und Frauen steht ebenfalls im Zentrum der sozialdemokratischen Politik: Wir arbeiten konsequent auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat sich erfolgreich für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingesetzt. Im Rahmen der Fachkräfte-Initiative wurden bereits Massnahmen umgesetzt. Die finanzielle Unterstützung des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung konnte bis 2023 verlängert werden. Mehr noch: Die SP hat ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, welches die Eltern bei der institutionellen Kinderbetreuung finanziell entlastet und die Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung unterstützen soll. Die erste Hürde hat es bereits genommen, der Gesetzesentwurf wurde im Nationalrat mit grosser Mehrheit angenommen. Die SP hat ebenfalls massgeblich zur Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs sowie eines Adoptionsurlaubs von gleicher Dauer beigetragen.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Um die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Erziehungsarbeit zu fördern, kämpft die SP für die Einführung eines Elternurlaubs von insgesamt 38 Wochen. Davon sollen 14 Wochen der Mutter und 14 Wochen dem Vater vorbehalten sein. Die restlichen 10 Wochen können frei zwischen den beiden Elternteilen aufgeteilt werden.
- Bei der Adoption eines Kindes ist es wichtig, dass die Adoptiveltern genügend Zeit haben, um eine gesunde, emotionale Bindung aufzubauen. Das stellt organisatorisch eine grosse Herausforderung dar. Die SP wird sich daher für eine Verlängerung des Adoptionsurlaubs von zwölf Wochen auf 14 Wochen, die frei zwischen den beiden Elternteilen aufgeteilt werden können, einsetzen.
- Eltern, deren Kind schwer krank ist, erhalten heute kaum Unterstützung. Ein krankes Kind ist jedoch auf die Anwesenheit eines nahen Angehörigen angewiesen. Die SP unterstützt die Pläne des Bundesrates, einen Urlaub für die Betreuung eines schwer kranken Kindes einzuführen, und plädiert für einen bezahlten Betreuungsurlaub von maximal 48 Wochen.
- Die Zahl der pflegenden Angehörigen in der Schweiz steigt stetig. Die Pflege durch Angehörige führt zu erheblichen Einsparungen im öffentlichen Gesundheitssystem. Angesichts der anstehenden Herausforderungen muss die Pflege durch Angehörige unbedingt gefördert werden. Wir fordern deshalb, dass sie für diese wichtige Tätigkeit entlohnt werden.
- Die Angebote an familienergänzenden Betreuungsplätzen müssen dringend ausgebaut und die Kosten für die Familien gesenkt werden. Die SP fordert, dass diese Einrichtungen hohen qualitativen Standards genügen, als öffentliche Dienstleistung gelten und Familien mit niedrigem Einkommen kostenlos angeboten werden. Das Angebot an Tagesschulen muss zudem ausgebaut werden und kostenlos sein.
- Wir fordern gezielte Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Familienarmut. So setzt sich die SP für die Ausarbeitung eines eidgenössischen Rahmengesetzes ein, das Ergänzungsleistungen für Familien landesweit einführt. Kinder aus benachteiligten Familien sollen zudem spezifische, frühkindliche Bildungsangebote erhalten.

Ausgangslage

Die Schweiz hinkt mit der Umsetzung queerer Anliegen hinterher – europaweit belegt sie sogar nur den 19. Platz. Die 2018 ratifizierte Istanbul-Konvention wird nur zögerlich umgesetzt. Im Rahmen der «Ehe für alle»-Abstimmung kam es zudem zu einer signifikanten Zunahme von gewalttätigen Übergriffen gegen queere Menschen, wobei insbesondere trans Personen zur Zielscheibe rechter Gewalt wurden. In der Schweiz mangelt es an Geldern für Anlaufstellen, Schutzräumen, an einer konsequenten Datenerhebung sowie an queerspezifischer Sensibilisierung von Gesundheits-, Polizei-, Verwaltungs- und Lehrpersonal.

Das sind unsere Grundsätze

Für die SP ist klar: Echte Gleichstellung ist erst erreicht, wenn Menschen nicht mehr aufgrund ihrer sozialen Klasse, ihres Körpers, der Geschlechtsidentität, der Sexualität oder der Herkunft diskriminiert werden. Die Lebensentwürfe haben sich seit den 1970er Jahren pluralisiert. Nicht alle Menschen haben dieselben Voraussetzungen und Bedürfnisse, es braucht daher eine Politik, die einer diversen Gesellschaft gerecht wird und nicht eine, die den cis-heterosexuellen weissen Mann als Norm setzt. Diskriminierung summiert sich durch die Addierung mehrerer Identitätsaspekte in einer Person (Intersektionalität). Entsprechend braucht es finanzielle Ressourcen, um queere Menschen besser vor Hass und Gewalt zu schützen. Es braucht genügend Mittel für die Überwindung der patriarchalen Strukturen, die eine solche Abstufung unter den Mitgliedern der Gesellschaft evozieren, etwa durch Aufklärungskampagnen, Schul- und Erwachsenenbildung und Ausbildung der staatlichen Behörden. Die offizielle Schweiz muss Verantwortung für die Gesellschaft in ihrer gesamten Diversität übernehmen, sie kann die Anliegen queerer Menschen nicht länger den Dachverbänden, der AIDS-Hilfe und anderen unterfinanzierten Verbänden delegieren.

Das hat die SP erreicht

In der vergangenen Legislatur hat die queere Community zusammen mit der SP Schweiz wichtige Erfolge erzielt. Die im Februar 2020 gewonnene Abstimmung über die Erweiterung des Diskriminierungsschutzes auf die sexuelle Orientierung ging auf eine parlamentarische Initiative der SP zurück. Ebenso bahnbrechend war der Erfolg bei der Abstimmung über die «Ehe für alle»: Sie macht das Eherecht endlich auch gleichgeschlechtlichen Paaren zugänglich. Es ist dabei der Beharrlichkeit der SP zu verdanken, dass lesbische Paare Zugang zu Schweizer Samenbanken erhalten. Seit 2022 kann in der Schweiz zudem jede urteilsfähige Person ab 16 Jahren in der Schweiz per einfacher Erklärung ihren Geschlechtseintrag anpassen, was für trans

Personen eine enorme Erleichterung bedeutet. Dank der SP wurden in der letzten Legislatur wichtige Debatten zum Verbot von Konversionstherapien, zur statistischen Erfassung von «hate crimes» sowie zur Erweiterung des Diskriminierungsschutzes angestossen.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP Schweiz steht für den Schutz von allen ein. Dafür streben wir die Erweiterung des Diskriminierungsschutzes auf Geschlechtsidentität, ein schweizweites Verbot von Konversionstherapien und die Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an queeren Personen an.
- Wir fordern, dass während der obligatorischen Schulzeit ein inklusiver Sexual- und Gesellschaftsunterricht angeboten wird. Zudem müssen mehr subventionierte Anlaufstellen und Beratungsangebote für queere Personen, insbesondere für Jugendliche, geschaffen werden – mit spezifisch ausgebildetem Personal.
- Auf gesetzlicher Ebene streben wir die Einführung eines dritten Geschlechts an. Die SP wird sich auch für die vollständige Übernahme der Transitionskosten inklusive der Kostenübernahme für die psychologische Betreuung durch die Krankenkasse einsetzen. Geschlechtsverändernde Eingriffe (chirurgisch und hormonell) an intergeschlechtlichen Kindern müssen verboten werden, ausser es ist für das Wohlbefinden des Kindes notwendig.
- Die medizinische Versorgung von trans Personen muss gefördert und verbessert werden. Dafür setzt sich die SP für die vollständige Übernahme der Kosten für STI/STD-Tests ein. Auch wollen wir den Zugang zur Präexpositionsprophylaxe (PrEP) sicherstellen und schnelles Handeln bei sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten ermöglichen. Zudem soll auf die Gendermedizin ein spezielles Augenmerk gerichtet werden: Hierbei fordern wir bessere Finanzierung dieses Bereichs und ausgebaute Weiterbildungsmöglichkeiten für Ärzt:innen.
- Die SP wird sich dafür einsetzen, dass die trans Identität und queere Sexualität als Fluchtgrund und -ursache ohne Beweispflicht anerkannt wird. Dazu gehört auch, dass niemand in ein Land zurückgeschickt werden soll, wo diese Person Sanktionen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, respektive Geschlechtsidentität befürchten muss.
- Wir fordern die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Ehe zur Hetero-Ehe insbesondere in Bezug auf den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin und der Legalisierung privater Samenspende.

**CHANCEN-
GERECHTIGKEIT
BEI DER BILDUNG,
KULTUR UND
MEDIENVIELFALT
FÖRDERN**

15 MEDIENVIELFALT

Ausgangslage

Wir erleben in der Schweiz eine Medienkrise. Verlage investieren immer weniger in den Journalismus. Internationale Plattformen, die Inhalte bereitstellen, ohne eine publizistische Leistung zu erbringen, ziehen immer mehr Werbegelder ab. Journalistische Angebote verlieren dadurch ihr Geschäftsmodell. Gleichzeitig sinkt die Medienvielfalt und es kommt zu Qualitäts- und Angebotsabbau, gerade auch auf lokaler und regionaler Ebene. Dies verschärft das Problem der Desinformation. Die heutige Gesetzgebung kann die Vielfalt und Qualität der vierten Staatsgewalt nicht sichern, was immer mehr zu einem Problem für unsere Demokratie wird.

Das sind unsere Grundsätze

Vielfältige, unabhängige und qualitativ gute Medien sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Guter Journalismus zeichnet sich durch Relevanz, Vielfalt, Verständlichkeit, Faktentreue und Objektivität aus. Er fördert die Teilhabe der Menschen und erhöht die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens. Voraussetzung dafür sind vertrauenswürdige Medien, Vielfalt und Unabhängigkeit. Journalismus ist kein Gut, welches durch den Markt reguliert werden kann. Es braucht eine Medienfinanzierung, die Vielfalt ermöglicht und Qualität stärkt. Eine starke SRG ist in diesem Kontext unerlässlich. Sie sichert die mediale Souveränität der Schweiz und wird zum Bollwerk für Qualitätsjournalismus und medialen Service public in allen Sprachen und Landesteilen. Zentrale Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind gut ausgebildete Journalist:innen, faire und motivierende Arbeitsbedingungen sowie ein starkes Nachrichtenagenturwesen in allen Landessprachen.

Das hat die SP erreicht

Die SP prägt den Diskurs, wie ein demokratiegerechtes Mediensystem aussehen soll, seit Jahren massgeblich mit. Im Austausch mit den relevanten Akteur:innen haben wir Konzepte entwickelt, wie eine Medienfinanzierung, die zu Vielfalt und Qualität beiträgt, ausgestaltet werden kann. Erfolgreich hat die SP bisher auch alle Angriffe von rechts gegen die SRG und den medialen Service public abgewehrt. Hingegen ist das Medienpaket, das die Medienfinanzierung ausgebaut und auch private Online-Medien gestärkt hätte, in der Referendumsabstimmung gescheitert. Für die SP ist aber weiterhin klar, dass eine Medienfinanzierung eingeführt werden muss, die alle Mediengattungen umfasst.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Eine neue kanal- und technologieunabhängige Medienfinanzierung muss Qualität, Unabhängigkeit und Vielfalt der Schweizer Medien stärken und insbesondere den Lokalmedien eine Perspektive geben. Dafür braucht es deutlich mehr Geld als bisher. Der mediale Service public muss alle Mediengattungen abdecken. Dazu gehört auch der Onlinejournalismus.
- Solange es keine neue Gesamtkonzeption und Verfassungsgrundlage für eine Medienfinanzierung gibt, sollen die bisherigen Instrumente der Medienförderung weiterentwickelt werden. Voraussetzung ist, dass die Verleger:innen in Qualitätsjournalismus, Vielfalt und regionale Berichterstattung investieren und die finanziellen Fördergelder degressiv ausgestaltet sind.
- Die SRG muss über genügend Einnahmen und Freiheiten verfügen, um sich weiterentwickeln zu können. Beschränkungen im Internet ergeben wenig Sinn, zumal ohne eine starke SRG unsere Demokratie immer stärker von Geldmächtigen und von ausländischen Medien- und Technologiekonzernen abhängig wird.
- Es braucht eine gestärkte nationale, nicht profitorientierte Nachrichtenagentur mit einem Servicepublic-Auftrag, die redaktionelle Leistungen in allen Landessprachen in hoher Qualität anbietet und die Bedürfnisse regionaler Medien aufnimmt.
- Der bessere Schutz der Arbeitnehmenden und faire Arbeitsbedingungen müssen verbindlich festgeschrieben werden. Die Besitz- und Eigentumsverhältnisse von Medienunternehmen müssen bekannt und transparent sein.
- Plattform-Konzerne wie Google, Meta oder Twitter sind nach dem Vorbild der EU zu regulieren, um wirksam illegale Inhalte wie Hassrede oder Falschinformationen im Internet einzudämmen, mehr Transparenz zu schaffen und die Rechte der Nutzenden zu stärken. Zu prüfen ist dabei auch eine Abgabe dieser Konzerne, welche zur Finanzierung eines vielfältigen, unabhängigen und qualitativ guten Journalismus beiträgt. Nicht nur die Verlage, sondern auch die Journalist:innen sollen von einer solchen Abgabe profitieren.
- Die Förderung der Medienkompetenz ist mit den Bildungsorganisationen zu intensivieren. Mediennutzende sollen Falschinformationen von seriösen Angeboten unterscheiden können.

16 DIGITALISIERUNG

Ausgangslage

Die Digitalisierung beinhaltet grosse Chancen, aber auch Risiken für Gesellschaft und Arbeitswelt. Aufgrund der Digitalisierung verändern sich Branchen und Berufe rasch und grundlegend. Auch die Ansprüche an Qualifikation und Aus- und Weiterbildung verändern sich. Internet und soziale Medien können die Demokratie stärken, sie können aber auch Isolation, Verbreitung von Hass und Fake News sowie den Missbrauch persönlicher Daten befördern. Die Digitalisierung hat grosses Demokratiepotezial und kann einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise leisten. Auf der anderen Seite begünstigt sie die Monopolstellung grosser IT-Firmen.

Das sind unsere Grundsätze

Ein leistungsfähiges Internet und eine gute digitale Infrastruktur gehören zum Service public. Auch Daten sind Teil des Service public. Der digitale Raum soll Ort der freien Kommunikation sein, der es allen Menschen ermöglicht, am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Digitalisierung darf nicht dazu führen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es braucht gezielte Weiterbildungsangebote, gerade auch für Menschen über 50 Jahre, die sicherstellen, dass sie aufgrund der Digitalisierung nicht aus dem Arbeitsprozess fallen. Die Vorteile der Digitalisierung müssen allen zugutekommen. Die Digitalisierung soll die Demokratisierung der Wirtschaft voranbringen. Rassismus, Diskriminierung jeder Art, Kinderpornographie sowie die Verletzung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten müssen geahndet werden. Eine moderne Politik der Digitalisierung soll auch den Forderungen nach mehr Diversität Rechnung tragen.

Das hat die SP erreicht

Die SP stellt die Digitalisierung und ihre Auswirkungen in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und verknüpft die damit verbundenen Chancen und Risiken mit der sozialen Frage, insbesondere was Bildung und Arbeitsbedingungen angeht. Mit dem SP-Wirtschaftskonzept leistet sie einen differenzierten Diskussionsbeitrag in dieser für die Gesellschaft zentralen Frage. Die SP hat massgeblich dazu beigetragen, dass der Ausbau einer flächendeckenden, hochbreitbandigen Infrastruktur finanziert werden kann, und dass langfristige Investitionssicherheit geschaffen wird. Dank der SP bleibt auch die politische Kontrolle über diese Infrastrukturen gewährleistet.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Der freie Zugang zu leistungsfähigen Infrastrukturen muss für alle Menschen jederzeit und überall gewährleistet sein. Es braucht genügend Investitionen in die Infrastruktur. Die demokratische Kontrolle muss gesichert sein.
- Es braucht deutlich mehr Mittel für die Weiterbildung. Allgemein- sowie Weiterbildungen auf allen Stufen müssen einfach zugänglich sein und die aufgrund der Digitalisierung geforderten Fähigkeiten ins Zentrum stellen.
- Für digitale Einzelunternehmen und Scheinselbständige in der Gig Economy müssen Arbeitsmodelle und Mechanismen der sozialen Sicherheit entwickelt werden, die gute und faire Arbeitsbedingungen ermöglichen.
- Der freie Zugang zu Daten der Behörden muss gewährleistet sein (Open Government Data). Es braucht gute digitale Dienstleistungen für die Bevölkerung und einen digitalen, barrierefreien Service public. Im öffentlichen Sektor soll die Nutzung von Open-Source-Anwendungen gefördert werden. Die Netzneutralität, die diskriminierungsfreie Behandlung des Datenverkehrs, muss zudem gesetzlich festgeschrieben werden.
- Es braucht ein Recht auf Kopie der persönlichen Daten, das Recht, die Nutzung durch Dritte zu verbieten und Daten löschen zu lassen. Es braucht ein Recht auf Portabilität der Daten sowie ein Recht auf Korrektur. Es braucht staatlich festgelegte, transparente Standards für den Umgang mit personenbezogenen Daten für alle Akteur:innen.
- Die Kompetenzen im Umgang mit Daten und das kritische Bewusstsein für Datenschutz müssen auf allen Bildungsstufen umfassend vermittelt werden.
- Tech-Unternehmen wie Google, Amazon, Facebook oder Alphabet müssen dort, wo ihre Wertschöpfung entsteht, Steuern entrichten («GAFA-Steuer»).
- Der barrierefreie Zugang zu Technologien, Infrastrukturen und Informationen muss von Bund und Kantonen in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft gefördert werden.
- Es braucht Massnahmen, um den Energieverbrauch der Digitalisierung möglichst tief zu halten. Zudem muss der Gesundheitsschutz gewährleistet sein.
- Gesetzliche Anpassungen müssen vorgenommen werden, damit die Hauptziele des europäischen Digital Services Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA) auch in der Schweiz umgesetzt werden, namentlich die Erhöhung der Transparenz, Sicherheit und Rechenschaftspflicht im digitalen Raum.

Ausgangslage

Gute Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Unser Bildungssystem zeichnet sich durch Qualität und Durchlässigkeit aus. Die soziale Herkunft bestimmt aber noch immer massgeblich den Bildungsverlauf. Kinder und Jugendliche mit besseren Lernvoraussetzungen profitieren mehr von Vorschul- und Lernangeboten sowie ergänzenden Aktivitäten als solche mit schlechteren Startchancen. Mehr Bildungsmöglichkeiten haben bisher nicht ausreichend zum Abbau von sozialer Ungleichheit geführt. Dieser Befund gilt auch für Erwachsene. Eine halbe Million Erwachsene verfügt über keinen Sek-II-Abschluss. Genau diese Gruppe wird aber von der heutigen Weiterbildung und Nachqualifizierung kaum erreicht. Das muss sich ändern.

Das sind unsere Grundsätze

Bildung ist ein Menschenrecht. Jedes Kind, jede:r Jugendliche und jede:r Erwachsene soll von einem hochwertigen Angebot auf allen Stufen profitieren, basierend auf den Fähigkeiten und unabhängig von Wohnort, Geschlecht, Nationalität und sozialer Herkunft. In der Bevölkerung besteht ein grosses Potential, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzutreten. Die Anforderungen der Arbeitswelt und die Bildungsangebote müssen aber besser aufeinander abgestimmt werden. Instrumente für die Nachqualifizierung Erwachsener sind vorhanden, müssen jedoch für alle zugänglich, mit familiären und beruflichen Verpflichtungen vereinbar und bezahlbar sein. Zentral sind Weiterbildungsmöglichkeiten für alle in jeder Lebensphase, die auf erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen beruhen. Gut ausgebildete Lehrpersonen und Bildungsfachleute, die unter motivierenden Arbeitsbedingungen ihre Aufgabe wahrnehmen, sind für die Chancengerechtigkeit zentral, Budgetkürzungen gefährden sie.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat die Arbeiten zum neuen Gesetz für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und die Verbesserung der Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter sowohl initiiert als auch massgebend geprägt. Ziel dieses Gesetzes ist es, ein flächendeckendes Netz für Kindertagesstätten und Tagesschulen aufzubauen, die hohen Kosten für das Angebot zu senken und Qualitätsstandards zu definieren. Zudem soll das neue Gesetz auch Projekte der frühen Förderung unterstützen, ein Thema, bei dem die SP seit Jahren im Lead ist. Frühe Förderung bedeutet nicht Leseunterricht für Dreijährige, sondern die individuelle Förderung der Entwicklung eines Kindes, seiner Gesundheit und seines Wohlergehens. Dank der SP sind die Themen Weiterbildung und Chancengerechtigkeit in der öffentlichen De-

batte präsent. Auch hat die SP entscheidend dazu beigetragen, dass die aktuelle Bundesfinanzierung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung für Erwachsene fortgesetzt und Lücken in der Integrationsagenda geschlossen werden.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Für die SP ist es das zentrale Ziel, Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen bei der frühen Förderung, beim Kindergarten Eintritt, bei der Integration, bei den Übergängen zwischen den Bildungsstufen sowie bei der Verknüpfung von Elternhaus und Betreuung zu erreichen.
- Es braucht qualitativ gute Betreuungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen sowie begleitende Angebote bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. Die Elternbeiträge müssen für alle Familien tragbar sein.
- Der Stellenwert des dualen Bildungswegs soll breit anerkannt sein. Eine Ausbildungspflicht bis zum 18. Altersjahr und eine Ausbildungsgarantie bis zum 25. Altersjahr trägt dazu bei, dass auch Jugendliche, die mehr Mühe in der Schule haben, einen Sek-II-Abschluss erreichen können.
- Der Anteil von niedrig qualifizierten und wenig verdienenden Erwachsenen in der beruflichen Weiterbildung muss deutlich erhöht werden. Dafür braucht es neue Finanzierungsmodelle namentlich für wenig Verdienende und Erwachsene mit Unterhaltspflichten. Zudem sollen Erfahrungen und Kompetenzen auch modular angerechnet werden können. Das Ziel der SP ist, dass die Menschen unter guten Bedingungen im Arbeitsprozess bleiben, mit den Herausforderungen der Digitalisierung konstruktiv umgehen können und der Arbeitskräftemangel durch eine bessere Ausschöpfung des inländischen Potenzials gemildert wird.
- Die Teilnahme von Erwachsenen an Weiterbildungsangeboten im Bereich Grundkompetenzen muss bis 2028 im Vergleich zur Teilnahme im Jahr 2024 mindestens verdoppelt werden.
- Auch die schulischen Rahmenbedingungen müssen auf Chancengerechtigkeit ausgerichtet sein. Dazu gehören maximale Klassengrössen und bessere Arbeitsbedingungen beim Einbezug von Fachleuten. Ziel muss ein integratives Modell bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit sein. Kostenlose Tagesschulen sollen Standard werden.
- Schulische Mobilität und Austausch im In- und Ausland sollen auf allen Schulstufen stärker gefördert werden mit dem Ziel, Verständnis für andere Kulturen und Sprachen zu entwickeln.

HOCHSCHULEN, FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

Ausgangslage

Der Wohlstand der Schweiz beruht auf der Exzellenz von Wissenschaft, Forschung und Innovation. Diese ist gefährdet, weil die Schweiz aufgrund ihrer fehlgeleiteten Europapolitik nicht mehr an die grossen Europäischen Kooperationsprogramme wie Horizon Europe, Erasmus+, Digital Europe und Creative Europe assoziiert ist. In der Schweiz ist der Zugang zur Tertiärstufe immer noch zu stark von der Herkunft geprägt, was der Chancengleichheit widerspricht. Ein Grund besteht in der ungleichen Finanzierung. Das meiste öffentliche Geld fliesst in den akademischen Sektor, während die Finanzierung der höheren Berufsbildung noch immer weitgehend von der privaten Finanzkraft der Teilnehmenden abhängt.

Das sind unsere Grundsätze

ETH, Universitäten und Fachhochschulen (Tertiär A) sowie die Höhere Berufsbildung (Tertiär B) sind zentrale und gleichwertige Bereiche unseres Bildungswesens. Die Qualität der Bildung muss in allen Bereichen auf höchstem Niveau gehalten werden. Das setzt genügend Mittel, bessere Arbeitsbedingungen für die heute oft prekarierten Nachwuchskräfte auf Mittelbauebene, grosse Sorgfalt bei der Auswahl der Dozierenden sowie gute Vernetzung mit Gesellschaft und Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene voraus. Herausforderungen wie Klimawandel, Globalisierung oder Digitalisierung bedürfen disziplinübergreifender, international vernetzter Forschung. Drittmittel spielen zunehmend eine wichtige Rolle für Hochschulen. Private Finanzierung darf die Freiheit von Lehre und Forschung aber nicht in Frage stellen. Das Stipendienwesen muss im gesamten Tertiärbereich, mit dem Ziel der Chancengleichheit zu garantieren, materiell harmonisiert werden. Die vollständige Assoziierung an die Bildungs- und Forschungsprogramme der EU bleibt eine zentrale Voraussetzung für einen starken Bildungs- und Wissenschaftsstandort Schweiz.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat im Parlament mehrfach zu klaren Mehrheiten zugunsten einer raschen Vollasoziiierung der Schweiz an die grossen Bildungs- und Forschungsprogramme der EU beigetragen. Bei den Krediten für Bildung, Forschung und Innovation setzte sich die SP erfolgreich für eine ausreichende und umfassende Finanzierung und gegen Kürzungen in einzelnen Bereichen ein. Die SP setzte sich für eine Einführung des Titels «Professional Master» und «Professional Bachelor» in der höheren Berufsbildung ein. Ausserdem engagierte sich die SP für ein modernes Innovationsgesetz und förderte die Forschungsk Kooperation durch den Beitritt der Schweiz zu europäischen und globalen Organisationen und Programmen.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Höchste Priorität hat eine Europapolitik, die eine rasche Vollasoziation der Schweiz an die grossen europäischen Kooperationsprogramme im Bereich der Forschung, Bildung und Innovation ermöglicht.
- Der Kredit für Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Kredit) muss mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Kürzungen zugunsten einer Erhöhung der Armeeausgaben sind inakzeptabel. Private Finanzierung von Lehre und Forschung darf nicht zu Einflussnahmen führen. Das setzt Transparenz voraus, insbesondere bei Personalentscheiden, Forschungsmethoden und Publikationsfreiheit.
- Die angewandte Forschung muss vermehrt zur Zielerreichung der globalen Nachhaltigkeitsentwicklungsziele SDG der UNO Agenda 2030 stehen. Die Forschungsqualität muss im internationalen Vergleich höchsten Ansprüchen genügen.
- Das Stipendienwesen des Bundes muss ausgebaut werden und in allen Bereichen zu mehr Chancengleichheit und Ausschöpfung des inländischen Fachkräftepotenzials beitragen. Die Studiengebühren dürfen nicht erhöht werden und sind nichtdiskriminierend auszugestalten.
- Forschungsergebnisse müssen in öffentlich zugänglichen Publikationen veröffentlicht werden. Open Access muss für alle Institutionen Standard sein.
- Die höhere Berufsbildung stellt ein einzigartiges System der beruflichen Weiterqualifizierung dar und soll deutlich stärker als heute breit anerkannt und öffentlich finanziert werden. Es braucht Angebote, die bezahlbar und auf Flexibilität und Modularität ausgerichtet sind, damit sie nebst beruflichen und familiären Verpflichtungen absolviert werden können.
- Die SP fordert zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, der sich aus demographischen Gründen und aufgrund des beschleunigten Strukturwandels zuspitzen wird, eine klare Strategie, deutlich mehr finanzielle Mittel und eine bessere Ausschöpfung des inländischen Potenzials namentlich bei Frauen, der Migrationsbevölkerung und älteren Erwerbstätigen.
- Die Frauenförderung muss auf allen Stufen und in allen Bereichen weitergeführt werden, insbesondere in Fachbereichen, wo der Frauenanteil statistisch gesehen tief ist, sowie in den höheren akademischen Bereichen.

19 KULTURFÖRDERUNG

Ausgangslage

Kultur und Kulturpolitik haben aus gesellschaftlichen und sozialen Gründen einen hohen Stellenwert und beeinflussen unser Leben vielfältig. Das Kulturschaffen leistet einen wichtigen Beitrag für eine offene und tolerante Schweiz. Indem Kulturförderung die Vielfalt der Kulturen und Sprachen – insbesondere mit der Förderung der Landessprachen und der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften – stärkt, trägt sie zum Zusammenhalt in unserem Land bei. Kultur wirkt sich positiv auf Kreativität, Innovationskraft und somit auch auf die Wirtschaft der Schweiz aus. Sie fördert aktuelle, soziopolitische Debatten und hilft dabei, scheinbar Selbstverständliches zu hinterfragen. Kultur spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft und erweitert sie durch innovative Interpretationsansätze. In diesem Sinne ist Kulturförderung ein elementarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft.

Das sind unsere Grundsätze

Der Förderung der kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft und dem Respekt vor sprachlichen und kulturellen Minderheiten messen wir grosse Bedeutung bei. Kulturpolitik soll den Zusammenhalt und das Verständnis zwischen verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen stärken und einen Beitrag für eine demokratische und solidarische Gesellschaft leisten. Alle Bevölkerungskreise sollen von einem vielfältigen Angebot Gebrauch machen können. Kulturelle Teilhabe soll möglichst vielen Menschen möglich sein. Die digitale Informationsverarbeitung entfaltet auch im Kulturbereich Innovationspotenzial, das vermehrt für die Teilhabe an Kultur genutzt werden sollte. Auch die Schule spielt eine wichtige Rolle bei Kulturvermittlung und kultureller Bildung, der Förderung kultureller Betätigung und der Stärkung der Medienkompetenzen. Kinder begegnen visuellem Gestalten, Musik, Literatur, Theater, Bibliotheken oder Museen erstmals in der Schule. Diese wichtigen Erfahrungen dürfen nicht politischen Abbauprogrammen zum Opfer fallen. Vielmehr sollten die Kinder diese bereits im Vorschulalter erleben dürfen.

Das hat die SP erreicht

Die SP war federführend in der politischen Debatte zur Kulturbotschaft 2021 bis 2024 und erreichte das Ziel, dass die Kulturarbeit im selben Umfang fortgesetzt wird, wie in der vorangegangenen Vierjahresperiode. Sämtliche Kürzungsanträge konnten abgewehrt werden. Auch beim Referendum zum Filmgesetz stand die SP im Lead. Dieses sieht vor, dass Streamingdienste künftig 4 Prozent des in der Schweiz erzielten Umsatzes in das hiesige Filmschaffen investieren und in ihrem Angebot mindestens 30 Prozent Filme oder Serien aus Europa zeigen müssen. Massgeblich zu einer Parlamentsmehrheit beigetragen hat die SP auch beim Jugendschutzgesetz in den Bereichen Film und Videospiele.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Implementierung des neuen Filmgesetzes muss der Bund eng begleiten und überwachen. Die bisherige Filmförderung des Bundesamtes für Kultur darf dadurch keinesfalls geschwächt werden. Mit einer stärkeren Wirtschafts- und Standortförderung soll die Schweiz als Filmproduktionsland noch attraktiver werden.
- Die Situation vieler Kulturschaffender ist nach der Covid-Pandemie prekärer denn je. Es braucht Massnahmen zur sozialen Absicherung.
- Digitale Medien nehmen in der Alltagskultur einen hohen Stellenwert ein. Sie müssen Teil der Kulturförderung werden.
- Europäische Entwicklungen müssen in die Kultur-Gesetzgebungen aufgenommen werden. Dies dient als Grundlage dafür, dass die Schweiz wieder Teil des EU-Programms «Kreatives Europa» werden kann.
- Die Förderung des schulischen Austauschs und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften sollen als Aufgaben von staatspolitischer Bedeutung weiterhin gefördert und gestärkt werden.
- Erhalt und Pflege von Kulturgütern müssen ausreichend finanziert werden. Beiträge für die Erhaltung der identitätsstiftenden Ortsbilder, archäologischen Stätten und erhaltenswerten Objekten müssen so ausgestattet sein, dass das kulturelle Erbe vor Schäden und schleichendem Zerfall bewahrt wird.
- Die Zusammenarbeit von Forschung und Entwicklung mit kreativen Disziplinen soll die Bedeutung von Kultur und Kunst für Wirtschaft und Innovation stärken.

**STEUER-
GERECHTIGKEIT
UND GUTE LÖHNE
FÜR ALLE
SICHERSTELLEN**

20 ARBEITSMARKT

Ausgangslage

Die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt ist angespannt, da trotz einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote Unterbeschäftigung herrscht und das Stellenangebot nicht zu den Arbeitssuchenden passt. Denn: Die verfügbaren Arbeitsplätze und die Kompetenzen der Arbeitssuchenden stimmen nicht überein. Diese Diskrepanz hängt primär mit einer unzureichenden Weiterbildung, der Arbeitnehmenden durch die Unternehmen und den sehr geringen Möglichkeiten für Umschulungsstrategien zusammen. Darüber hinaus sind die Bedingungen für Arbeitnehmende, insbesondere in Führungspositionen, häufig so ausgestaltet, dass sie die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben nicht ermöglichen. Schliesslich stellt der unbegründete Druck gegen die Einwanderung Unternehmen vor zusätzliche Probleme: Sie haben Schwierigkeiten, die benötigten Fachkräfte zu finden.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP Schweiz setzt sich dafür ein, dass jede Person, die dies wünscht, eine Stelle in ihrem Kompetenzbereich finden kann. Hinzu kommt, dass die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben gewährleistet sein muss. Arbeitslose und arbeitssuchende Personen müssen bei der Stellensuche unterstützt werden – und zwar weit über das hinaus, was heute getan wird. Hierzu muss die Arbeit der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bei der Vermittlung von Arbeitskräften auf eine langfristige Perspektive für die Leistungsempfänger:innen ausgerichtet werden und nicht auf eine kurzfristige Stellensuche. Unternehmen, die Menschen entlassen, sollen zudem verpflichtet werden, die Verantwortung zu übernehmen, wenn Umschulungskosten anfallen. Zudem fordern wir, dass Unternehmen zur Rechenschaft gezogen werden, die Mitarbeitende ohne triftigen Grund entlassen, obwohl sie Gewinne erzielen. Schliesslich müssen zukunftsträchtige Sektoren, von der Energiewende bis zur Digitalisierung, weiterentwickelt werden, um die Beschäftigung in diesem Bereich innerhalb unseres Landes zu stärken.

Das hat die SP erreicht

Während der letzten Legislaturperiode waren die wichtigsten Errungenschaften der SP der ausgebauter Schutz der Arbeitnehmer:innen, aber auch die Unterstützung der Unternehmen, KMU und Selbstständigerwerbenden während der Covid-Pandemie. Die SP hat alle Massnahmen vollumfänglich mitgetragen oder direkt selbst eingeleitet, die es der Wirtschaft ermöglichten, die Krise so gut wie möglich zu meistern. Wir haben auch massgeblich dazu beigetragen, dass die Arbeitnehmer:innen selbst in dieser angespannten Lage ein anständiges Einkommensniveau beibehalten konnten.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Leistungen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren für mehr Umschulungsmöglichkeiten und mit langfristiger Perspektive sollen massgeblich ausgebaut werden.
- Die SP setzt sich dafür ein, dass Unternehmen, die ohne triftigen Grund Mitarbeitende entlassen, die finanzielle Verantwortung dafür tragen müssen. Dies insbesondere, wenn über 55-Jährige oder Personen, die nicht ausreichend aus- oder weitergebildet wurden, betroffen sind.
- Wir streben eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Einkommenseinbussen an. Hierfür fordern wir Pilotversuche mit einer Viertagewoche oder einer Arbeitszeitverkürzung. Sozial innovative Unternehmen im Bereich des Arbeitszeitmanagements sollen für ihre Arbeit Unterstützungsgelder erhalten.
- Wir fordern, dass das Recht auf die betriebliche Finanzierung der beruflichen Weiterbildung und die Möglichkeit für ein Sabbatical in allen Altersgruppen eingeführt wird. Zudem werden wir uns für die Stärkung der Rechte von Menschen, die zu unsicheren Lohnbedingungen oder unregelmässigen Arbeitszeiten arbeiten müssen (im Sinne eines Lohnzuschlags), einsetzen.
- Die Rechtsgrundlage rund um die Telearbeit (Homeoffice) soll ausgebaut werden, wobei die Freizeit der Arbeitnehmer:innen geschützt und gleichzeitig echte Flexibilität ermöglicht werden muss, welche insbesondere auch die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben erleichtert.
- Wir fordern öffentliche Unterstützung für innovative und für die Schweiz zukunfts-trächtige Sektoren, wobei diese Unterstützung an soziale Bedingungen geknüpft sein muss (wie beispielsweise flexible oder reduzierte Arbeitszeiten, Autonomie und Mitbestimmung der Arbeitskräfte).

Ausgangslage

Die Schweiz befindet sich aktuell in einer grossen Kaufkraftkrise. Die Löhne stiegen im Vergleich zur Produktivität weniger stark an. Verschärfend kommt dazu: Die mittleren und niedrigen Löhne sind viel schwächer angestiegen als die hohen Löhne. Der Grossteil des Einkommenswachstums konzentrierte sich zudem auf Kapitalbesitzer:innen. Das Vermögen der Reichsten in der Schweiz ist in einem Jahr so stark gestiegen wie die Löhne aller in über 30 Jahren. Dieser unzureichende Lohnanstieg, verbunden mit höheren Kapitalrenditen, führt zu deutlich höheren Kosten für die Mittelschicht und die Haushalte mit bescheidenen Einkommen. Die Reallöhne von 90 Prozent der Bevölkerung sind deshalb massiv gesunken.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich dafür ein, dass die Produktivität, der Fortschritt und die Wertschöpfung in unserem Land den Menschen zugutekommen müssen. Heute wird jedoch der gesamte Produktivitätszuwachs darauf verwendet, die Gewinne der Unternehmen und die sehr hohen Löhne zu steigern, während die Einkommen der Arbeitnehmer:innen stagnieren oder sie gar entlassen werden, wenn es hart auf hart kommt. Die Löhne der Arbeitnehmer:innen müssen unbedingt erhöht werden, um ihre Kaufkraft zu schützen. Hierzu fordern wir die Einführung von Mindestlöhnen. Zudem müssen gezielte und effiziente Anreize für Gesamtarbeitsverträge (GAV) geschaffen werden. Strenge Kontrollmechanismen für die Lohnungleichheit müssen dafür sorgen, dass die Einkommen von Frauen erhöht werden. Denn sie verdienen für die gleiche Leistung immer noch deutlich weniger als die Männer. Schliesslich muss die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer:innen in den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen gestärkt werden. Auch ist es wichtig, die Lebenshaltungskosten fair zu berechnen, indem ein Preisindex geschaffen wird, der sich an der Realität der Mittelschicht und der Haushalte mit bescheidenem Einkommen orientiert. Hierzu wollen wir die Verpflichtung zur Lohnindexierung einführen.

Das hat die SP erreicht

Während der Covid-Pandemie gelang es der SP, das Niveau der niedrigsten Löhne auch während der Kurzarbeit zu halten, indem eine Entschädigung in Höhe von 100 Prozent des Einkommens beibehalten wurde. Durch die vorgeschlagenen Massnahmen der SP konnten zudem Arbeitsplätze erhalten werden. Schliesslich hat die SP erfolgreich die Einkommen der prekärsten und temporär beschäftigten Personen verteidigt. Dennoch ist es uns nicht gelungen, alle Personen mit wirtschaftlichen Einbussen wegen der Pandemie zu schützen. Die SP hat sich weiter stark dafür eingesetzt, dass das Lohnniveau in der Schweiz erhalten bleibt und nicht durch

internationale Abkommen, welche eine viel stärker ausgeprägte Konkurrenzsituation geschaffen hätten, gefährdet wird.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP wird sich vehement dafür einsetzen, dass endlich Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann besteht.
- Zudem wird sich die SP für die Einführung von Mindestlöhnen einsetzen und nachweisen, dass diese Praxis gut für die Beschäftigung und die Kaufkraft ist.
- Wir wollen Anreize schaffen, um hohe Lohnstandards in Gesamtarbeitsverträge aufzunehmen und generell mehr Gesamtarbeitsverträge zu verabschieden. Arbeitgeberverbände, die Gesamtarbeitsverträge ablehnen oder nur Vorschläge annehmen, die einen Mindeststandard verfehlen, sollen sanktioniert werden. Dies wollen wir beispielsweise durch die Einführung eines Mindestlohns auf nationaler Ebene erreichen.
- Berufe, in denen der Fachkräftemangel besonders stark ausgeprägt ist, müssen aufgewertet werden. Es reicht nicht, lediglich darauf zu spekulieren, dass es die grosse Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt schon richten wird. Wir fordern deshalb eine wirkungsvolle Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- Die SNB muss die Verfassung respektieren und eine Politik verfolgen, welche keine wirtschaftliche Rezession verursacht, sondern im Gegenteil Arbeitsplätze erhält.

Ausgangslage

Der Bundesrat zeichnet derzeit ein düsteres Bild der Bundesfinanzen für die neue Legislatur: Ab 2024 rechnet er mit Fehlbeträgen in Milliardenhöhe aufgrund geplanter Mehrausgaben und Mindereinnahmen. Doch die drohenden Mehrbelastungen sind bei genauerer Betrachtung nicht besonders beunruhigend, der allfällige Sanierungsbedarf ist erheblich, aber nicht ausserordentlich. Besorgniserregend ist hingegen, dass die finanziellen Spielräume im Haushalt sehr eng werden. Durch parlamentarische Entscheidungen wie der Umgang mit den Corona-Schulden hat sich das Parlament allerdings unnötigerweise selbst die Hände gebunden.

Das sind unsere Grundsätze

Die Politik der leeren Kassen ist umso stossender, als die Schweiz im internationalen Vergleich solide Finanzen und eine äusserst tiefe Staatsverschuldung aufweist. Die Kehrseite dieser «Medaille» sind fehlende Investitionen. Die SP hingegen will einen starken Staat, der im Interesse der kommenden Generationen Investitionen tätigt. Diese sollen den Klimawandel durch den Umbau der Energiegewinnung und Mobilität bekämpfen, die existenziell wichtige Biodiversität erhalten, die soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung garantieren, die Gleichstellung voranbringen, die Kaufkraft stärken, die Bildung und Forschung fördern sowie die Armut im Inland und Ausland bekämpfen und eliminieren.

Die SP bekennt sich zu einem langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt. In Krisenzeiten wie diesen muss nebst den laufenden Einnahmen auch das in der Boom-Phase angesparte Geld genutzt werden. In Boom-Phasen sollen wieder Reserven für Krisenzeiten geäuft werden. Abbauprogramme sind gerade in Umbruchphasen finanzpolitisch unnötig, ökonomisch unklug und gefährden die Binnennachfrage. Die restriktive Umsetzung der Schuldenbremse führt in ihrer aktuellen Form zu übermässigen und unverhältnismässigen Ausgabenkürzungen und muss deshalb korrigiert werden.

Das hat die SP erreicht

Die Finanzpolitik war in der vergangenen Legislatur stark durch die Covid-Pandemie geprägt. Die Ausgaben zur Bewältigung der Krise betragen über 30 Milliarden Franken, wovon der grösste Teil dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der Abfederung des Wirtschaftseinbruchs diente (u.a. Kurzarbeit, Härtefälle, etc.). Die Corona-Ausgaben belasten den ordentlichen Bundeshaushalt nicht, die daraus resultierenden Schulden werden jedoch in den nächsten sechs Jahren durch Kreditreste und Nationalbankausschüttungen abgebaut werden müssen. Auch sollen allfällige Zusatzausschüttungen der Nationalbank für den Schuldenabbau verwendet werden. Die SP

konnte im Nationalrat einen noch härteren Schuldenabbau verhindern. Daneben hat die SP zahlreiche Steuersenkungen erfolgreich per Referendum bekämpft – so beispielsweise die Abschaffung der Stempelsteuer auf Eigenkapitalemissionen, die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer oder den Abzug von Kinderdrittbetreuungskosten. Es konnten jedoch nicht alle Steuersenkungen bzw. Einnahmenkürzungen verhindert werden – wie zum Beispiel die Abschaffung der Industriezölle. Die jährlichen Angriffe auf das Bundespersonal konnten grossmehrheitlich abgewendet werden.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Schuldenbremse muss korrigiert werden, damit dieses enge Ausgabenkorsett nicht die nötigen Investitionen zum Erhalt der Kaufkraft, der energetischen Transition, des Service publics und der Gewährleistung der Lebensgrundlagen verhindert. In erster Linie ist die Schuldenquote zu stabilisieren.
- Investitionen und nichtplanbare Ausgaben wie etwa die Bewältigung der Auswirkungen des Ukrainekrieges müssen vollumfänglich von der Schuldenbremse ausgenommen werden.
- Die Budgetierung durch den Bundesrat darf den Handlungsspielraum des Parlamentes nicht unnötig einschränken, Kreditreste gilt es grundsätzlich zu reduzieren.
- Bereits beschlossene Leuchtturm-Projekte wie die Prämienerlastungsinitiative zur Stärkung der Haushaltsbudgets mit tiefen und mittleren Einkommen, die Umsetzung des Gegenvorschlages der Gletscherinitiative zur Dekarbonisierung oder die Umsetzung des Gegenvorschlages der Biodiversitätsinitiative müssen finanziert und mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Weitere wichtige Investitionen in die Zukunft müssen möglich sein.
- Die SP wird einen Leistungsabbau und Angriffe auf gebundene Ausgaben bekämpfen. Zudem sollen Einnahmen gesichert werden. Vorlagen, deren Ziel es ist, die Einnahmen zu senken, werden wir ebenfalls bekämpfen.
- Der exzessive interkantonale Steuerwettbewerb muss weiter eingeschränkt werden.

Ausgangslage

Ein gerechtes und einfaches Steuersystem ist Voraussetzung für das Vertrauen der Bürger:innen in den Staat. In den letzten Jahren hat die bürgerliche Mehrheit vor allem Steuern von Unternehmen und Kapitaleigner:innen gesenkt. Doch tiefe Steuer- und Sozialabgaben führen entgegen dem neoliberalen Credo nicht zu höherem Wirtschaftswachstum. Entscheidend ist vielmehr die sinnvolle Verwendung der Steuereinnahmen beispielsweise für Investitionen in den ökologischen Umbau, in Infrastruktur, Bildung und den Service public.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will ein gerechtes Steuersystem, das der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich entgegenwirkt. Dort, wo sich das Vermögen ansammelt, ohne dass Arbeitsleistungen erbracht werden – also bei Erbschaften, bei Kapital-, Zins-, und Grundstücksgewinnen sowie bei Finanztransaktionen – soll die Besteuerung verstärkt werden. Steuerschlupflöcher wie die Pauschalbesteuerung sind abzuschaffen und Steuerabzüge generell zu minimieren.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP haben die Stimmberechtigten die Unternehmenssteuerreform III (USR III) abgelehnt, und zwar klar mit 59,1 Prozent der Stimmen. Die USR III hätte die Steuersenkungsspirale der vorhergehenden Steuerreformen weiterführen sollen. Mit dem Referendumssieg konnte die SP eine Vorlage im Parlament durchsetzen, die auf Bundesebene zu einer höheren Besteuerung von internationalen Konzernen (bisher Statusgesellschaften) geführt, das Kapitaleinlageprinzip korrigiert und die Dividendenbesteuerung angehoben hat. Zudem wurde als soziale Kompensation für die Steuervorlage eine Zusatzfinanzierung für die AHV von über 2 Milliarden Franken jährlich erstritten. Mit den erfolgreichen Referenden gegen die Teilabschaffung der Stempelsteuern, der Reform der Verrechnungssteuer und dem «Kinderabzugsabschluss» hat die SP ihre Politik zur Sicherung der Staatseinnahmen und einer fairen Besteuerung des Kapitals fortgesetzt. Mit dem Referendum gegen die Tonnage-Steuer wird sie diese Politik fortführen.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP fordert eine international koordinierte Finanztransaktionssteuer. Sie soll dazu beitragen, die Investitionen in den Bereichen Forschung und Bildung sowie für die Energiewende zu finanzieren. Zudem ist sie ein Instrument zur Eindämmung unproduktiver Spekulationsgeschäfte.

- Zudem braucht es eine nationale Erbschaftssteuer und die Erhöhung der Steuern auf sehr grossen Vermögen. Die so erzielten Einnahmen sollen zur Erhöhung der AHV-Renten genutzt werden (Finanzierung der AHV: Erhöhung des Bundesanteils gemäss Bundesverfassung Artikel 112, Absatz 4). Um Steuergerechtigkeit – und Gleichstellung – zu erreichen, setzt sich die SP ausserdem für die Einführung einer zivilstandunabhängigen Besteuerung ein.
- Dazu gehört auch die Einführung einer progressiven Kapitalgewinnsteuer als Korrektur der Besteuerungslücke von Kursgewinnen, Wertpapieren und Sachwerten. Kapitaleinkommen sollen stärker besteuert werden als Arbeitseinkommen. Zudem sollen die Unternehmenssteuersätze schweizweit harmonisiert werden.
- Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit soll in ihren Partnerstaaten zum Aufbau leistungsfähiger und transparenter Steuersysteme beitragen, die wirksam gegen Steuervermeidung vorgehen. Besonders dringend ist der Aufbau wirksamer Strategien gegen die Steuervermeidung im Rohstoffhandel.
- Wer in Tiefsteuerländern und Offshore-Plätzen Konten und Briefkastenfirmen unterhält, muss diese registrieren lassen und die wirtschaftlich Berechtigten offenlegen. Alle Finanzflüsse mit Offshore-Gesellschaften sollen einer Sicherungssteuer unterstellt werden, die erst bei Schaffung voller Steuertransparenz zurückgefordert werden kann.
- Die Schweiz muss frühzeitig auf nationaler und internationaler Ebene wirksame Vorkehrungen treffen, damit Krypto-währungen nicht für Steuervermeidung, Geldwäscherei und andere unrechtmässige Finanzflüsse missbraucht werden.
- Die SP begrüsst die OECD-Steuerreform zur Besteuerung der digitalen Giganten wie Google, Amazon und Facebook. Eine Mindeststeuer für grosse Konzerne mit über 750 Mio. Euro Umsatz kann aber nur der Anfang sein. Wichtig ist, dass die Mehreinnahmen aus dieser Zusatzsteuer zum überwiegenden Teil dem Bund zukommen und nicht den Tiefsteuerkantonen. Mit der ersten Säule sollen Besteuerungsrechte vom Ansässigkeitsstaat in sogenannte Marktstaaten umverteilt werden, wo Unternehmen Gewinne erwirtschaften, ohne physisch präsent zu sein.
- Es braucht mehr Kontrollen und Instrumente, um Steuerhinterziehung zu ahnden. Zudem soll eine griffige Aufsicht verhindern, dass Kantone entgegen dem Steuerharmonisierungsgesetz Steuerbefreiungen und Steuererleichterungen ermöglichen.
- Wir brauchen endlich verlässliche Steuerdaten, um die Auswirkungen von Steuervorlagen beurteilen zu können. Der Bund muss hier Vorgaben machen, die Kantone müssen liefern.

Ausgangslage

Stabile Finanzinstitute sind ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Sie sorgen für einen Teil des Zahlungsverkehrs und stellen die nötigen Mittel zur Verfügung, damit Wirtschaft und Unternehmen sich entwickeln können. Heute ist das zu wenig der Fall. Viele Kredite fliessen in wenig nachhaltige Investitionen. Es werden zahlreiche Spekulationsgeschäfte betrieben, die wenig mit der Realwirtschaft zu tun haben. Das alles birgt ein erhebliches Risiko für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. Deshalb braucht es weitere Korrekturen. Wichtig ist, dass die grossen Schweizer Banken über genügend Eigenmittel verfügen, um eine Finanzkrise ohne staatliche Hilfe bewältigen zu können. Wie sich mit der staatlich unterstützten Übernahme der Credit Suisse durch die UBS im März 2023 gezeigt hat, reichen die Regulierungen, die seit der 2008 Finanzkrise erlassen wurden, bei weitem nicht aus.

Das sind unsere Grundsätze

In der Schweiz besteht noch immer die unfreiwillige faktische Staatsgarantie für Grossbanken («Too big to fail»). Die staatlich abgesicherte Übernahme der Credit Suisse durch die UBS ist das jüngste Beispiel. Das führt zu falschen Anreizen. Die Kosten trägt die Gesellschaft. Das wirksamste Mittel dagegen sind massiv mehr Eigenmittel. Die Weissgeld-Strategie für den ganzen Finanzplatz hat sich bewährt und muss fortgeführt werden. Unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse («illicite financial flows») sind in all ihren Facetten (Geldwäscherei, Annahme von Korruptionsgeldern, Steuervermeidung) wirksam zu bekämpfen. Alle Banken und andere Finanzintermediäre in der Schweiz müssen auf die Vermögensverwaltung mit unversteuerten Geldern (unabhängig vom Herkunftsland) verzichten. Die Schweiz muss den automatischen Informationsaustausch (AIA) im Rahmen der OECD weiterentwickeln. Hoffnungslose und für die Volkswirtschaft kostspielige Rückzugsgefechte für ein längst überholtes Steuerhinterzieher-Geheimnis im Inland können wir uns nicht leisten.

Das hat die SP erreicht

Auf internationaler Ebene wurde mit einer geschickten Strategie der SP (keine Abgeltungssteuer, dafür der AIA) die geforderte Weissgeldstrategie mit einer Vielzahl von AIA-Abkommen umgesetzt. Damit eine allfällige Sanierung und Liquidation nicht zulasten des Steuerzahlers geht, wurden mit den neuen Gone-Concern-Bestimmungen die Eigenkapitalvorschriften für systemrelevante Banken noch einmal erhöht, die wir unterstützt haben.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Das Systemrisiko der Grossbanken muss mit verschärften Eigenmittelvorgaben weiter gesenkt werden. Die SP fordert bei der Eigenkapitalquote ein hartes Kernkapital von mindestens 20 Prozent.
- Die Finanzmarktaufsicht muss mit genügend personellen Ressourcen und unabhängigen Expert:innen verstärkt werden, um die Finanzinstitute (inkl. Versicherungen) besser zu kontrollieren.
- Das grosse Vermögen der institutionellen Anleger (Pensionskassen, AHV, SUVA und SNB) soll nachhaltig angelegt werden. Ethisch verwerfliche und umweltzerstörende Investitionen wie die Förderung von fossilen Brennstoffen sollen ausgeschlossen werden. Der Finanzmarkt muss sich auf die Nachhaltigkeitsziele ausrichten, in der Kreditvergabe wie der Anlagepolitik.
- Der Nichtbankensektor ist riesig und mangelhaft reguliert. Die Risiken sind beträchtlich. Das Parlament muss den Bundesrat und insbesondere das SIF damit beauftragen, in diesem Bereich aktiv zu werden.
- Währungsstabilität und Vollbeschäftigung müssen endlich zu gleichberechtigten Zielen der Schweizer Geldpolitik werden. Die Nationalbank soll sich auf das Pariser Klimaziel verpflichten.
- Ein angemessener Teil der Gewinne der SNB aus ihren Devisenreserven soll dem Vorsorgesystem zugutekommen. Dazu soll die Schaffung eines Staatsfonds ins Auge gefasst werden.
- Der AIA soll auch im Inland eingeführt werden. Die Banken sollen nicht nur ins Ausland, sondern auch den Schweizer Steuerbehörden den Kontostand und Kontoertrag ihrer Kund:innen melden müssen.
- Auf internationaler oder zumindest europäischer Ebene muss die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorangetrieben werden. Dafür muss sich die Schweiz als wichtiger Finanzplatz in den internationalen Gremien einsetzen.
- Wir fordern Transparenzvorschriften im Rechnungslegungsrecht für multinationale Unternehmen, damit die Verschiebung der Gewinne in Steuertiefländer unterbunden und Korruption wirksam bekämpft werden kann («country by country reporting»). Wir unterstützen eine länderweise Besteuerung nach erbrachter Wertschöpfung, wie dies die OECD mit dem Projekt BEPS vorsieht.

**VERANTWORTUNG
FÜR GLOBALE
GERECHTIGKEIT
UND DEN
ZUSAMMENHALT
IN EUROPA
ÜBERNEHMEN**

25 MIGRATION UND ASYL

Ausgangslage

Die Anzahl Konflikte und Kriege nimmt weltweit zu: Der Bürgerkrieg in Syrien dauert schon über ein Jahrzehnt, in Afghanistan haben die Taliban ein Terror-Regime aufgebaut und wegen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der russischen Regierung gegen die Ukraine ist unser Kontinent mit der grössten Fluchtbewegung seit dem 2. Weltkrieg konfrontiert. Über 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Dennoch sind längst nicht alle europäischen Länder bereit, auf diese Herausforderung eine humane und solidarische Antwort zu finden. Auch die Schweiz steht hier als europäisches Binnenland in der moralischen Verantwortung, einen angemessenen Beitrag zu einer solidarischen Verteilung der Geflüchteten innerhalb Europas zu leisten. Schliesslich ist die Schweiz auch wirtschaftlich auf Migration angewiesen. Nichtsdestotrotz betreiben die rechtskonservativen Kräfte in unserem Land seit langem eine Politik der Ausgrenzung und des Abbaus der Rechte von Migrant:innen und Ausländer:innen.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für eine Ausländer:innen- und Asylpolitik der Humanität und Solidarität. Wir sind bereit, die im Zusammenhang mit der Migration bestehenden Herausforderungen anzupacken. Auftretende Probleme können nicht durch Ausgrenzung und Diskriminierung gelöst werden, sondern brauchen im Gegenteil verstärkte Integrationsanstrengungen aller Beteiligten. Alle an Leib, Leben und persönlicher Freiheit gefährdeten Geflüchteten muss Schutz gewährt werden. Die verheerende Situation der Geflüchteten macht eine grosszügige Aufnahme in Absprache mit den anderen europäischen Staaten notwendig. So braucht es eine Gleichbehandlung aller kriegs- und krisenbedrohten Geflüchteten («Bedrohung statt Herkunft»). Gleichzeitig müssen Schlepperwesen und Menschenhandel konsequent bekämpft werden. Weiter müssen die Fluchtursachen wirksam angegangen werden. Hier steht insbesondere die Schweizer Handels- und Steuerpolitik in der Verantwortung.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP wurde die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation eingeführt und in der Volksabstimmung von der Bevölkerung gutgeheissen. Mit der Revision des Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) konnten Verbesserungen im Bereich der Integrationspolitik erreicht werden. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative setzte sich die SP erfolgreich für eine völkerrechtskonforme und verhältnismässige Umsetzung ein (Arbeitslosenvorrang). Der verbesserte Zugang von Sans-Papiers zur Berufsausbildung geht auf einen Antrag der SP zurück. Dasselbe gilt für die Vorlage zum verbesserten Schutz vor häuslicher Gewalt für Migrant:innen (AIG 50).

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Statt dem bislang verwendeten Status F der «Vorläufigen Aufnahme» soll ein neuer Status «Humanitäre Aufnahme» (Status H) geschaffen werden. Die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung soll nach fünf Jahren erfolgen, sofern keine Widerrufsgründe vorliegen und die Person integriert ist. Mit der Schaffung dieses neuen Status H soll eine Erhöhung der Globalpauschale des Bundes an die Kantone geprüft werden.
- Die Schweiz muss solidarisch und in Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten ausreichend vielen Menschen Schutz bieten. Dazu entwickelt sie Aufnahmestrukturen, welche die rasche Integration der Flüchtlinge sicherstellen.
- Die Schweiz muss sich für international sichere Fluchtwege einsetzen und dafür sorgen, dass keine Flüchtenden mehr ihr Leben im Mittelmeer verlieren, zum Beispiel mit der Wiedereinführung des Botschaftsasyls. Seenotretter:innen dürfen nicht kriminalisiert werden. Gleichzeitig soll die Schweiz an einem solidarischen und gerechteren Verteilungssystem innerhalb der Dublin-Staaten mitwirken.
- Bund, Kantone und Gemeinden müssen die Unterbringung von Geflüchteten in Gastfamilien und Privatunterkünften aktiver unterstützen, koordinieren und begleiten. Private und Geflüchtete sind bei der Vermittlung, Zuteilung und dem Kontakt mit den Behörden stärker zu unterstützen. Private müssen für ihre Leistungen einheitlich und angemessen entschädigt werden.
- Für Sans-Papiers, die schon lange in der Schweiz sind und sich hier gut integriert haben, soll eine Legalisierungsmöglichkeit geschaffen werden, die deutlich über die heutigen kantonalen Härtefallregelungen hinausgeht.
- Der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus muss auf allen Ebenen verstärkt werden, v.a. im digitalen Raum. Die öffentliche Verwendung von Propagandamitteln, insbesondere des Nationalsozialismus oder einer Vereinigung, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung von Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet ist, ist unter Strafe zu stellen.

Ausgangslage

Krisen haben seit den Anfängen der EU zur Weiterentwicklung der Union beigetragen – so auch heute. Die Zeiten grenzenloser Globalisierung scheinen zwar vorerst vorbei zu sein, das bedeutet allerdings nicht, dass ein neues Zeitalter des Protektionismus und Nationalismus angebrochen wäre: Die Covid-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben vielmehr zu einer stärkeren europäischen Integration geführt. Wie sich an der gemeinsamen Covid-Impfstoffbeschaffung oder an den historisch weitreichenden EU-Sanktionen gegen Russland zeigt, versteht sich Europa wieder zunehmend als Schicksalsgemeinschaft. Obwohl die Wohlfahrt der Schweiz unmittelbar mit derjenigen von Europa verknüpft ist, haben sich Beziehungen zur EU weiter verschlechtert. Dieser Zustand ist aus Sicht der SP unhaltbar: Die Beziehungen zur EU müssen dringend weiterentwickelt werden.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für eine Stärkung und Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses auf dem gesicherten Boden der europäischen Wertegemeinschaft ein. Unser Ziel ist und bleibt ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa, das allen dient. In dieser Perspektive steht die SP für die Weiterentwicklung der guten, vertraglich geregelten Beziehungen der Schweiz zur EU ein. Die politischen Mitwirkungsrechte der Schweiz auf europäischer Ebene müssen ausgebaut, die Personenfreizügigkeit fairer ausgestaltet und die erforderlichen inneren Reformen in der Schweiz angepackt werden. Eine Öffnungspolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn deren Früchte gerecht verteilt, unvermeidbare Kosten minimiert, abgedeckt und namentlich für alle gute Löhne und Arbeitsbedingungen gesichert werden.

Das hat die SP erreicht

Die SP trug massgeblich dazu bei, die «Begrenzungsinitiative» der SVP abzuschmettern. Sie hätte das Ende der Personenfreizügigkeit mit der EU bedeutet und wurde im September 2020 an der Urne mit 61.7 Prozent klar verworfen. Im Mai 2021 beendete der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen, was die SP als grossen Fehler erachtet. Seither machen wir Druck auf den Bundesrat, die Verhandlungen so bald wie möglich wieder aufzunehmen. Die Sondierungsgespräche mit der EU scheinen zwar lange zu dauern, substanzielle Fortschritte sind aber zu erwarten. Schliesslich war die SP die treibende Kraft dahinter, dass die EU-Sanktionen gegen Russland auch von der Schweiz übernommen wurden. Somit konnte die SP einen Beitrag dazu leisten, dass die Schweiz als Teil der das Völkerrecht achtenden Staatengemeinschaft wahrgenommen wird.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP setzt sich für die umfassende Weiterentwicklung der guten vertraglichen Beziehungen der Schweiz zur EU ein. Es gibt keine Rückkehr zum alten bilateralen Weg. Eine Erosion der Beziehungen oder gar ein Abbruch wären fatal.
- Die SP steht für mehr Realitätssinn in der Beurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Der baldige Verhandlungsbeginn und Abschluss eines oder mehrerer beidseits annehmbaren Abkommen über die institutionellen Fragen ist von grundlegender Bedeutung. Innere Reformen in der Schweiz sind gefordert, damit die Öffnung ein Gewinn für alle und nicht nur für ein paar Wenige wird – dank eines wirksamen Lohnschutzes.
- Ohne Lösung der institutionellen Fragen steht die Erosion und Nichtverlängerung bestehender und der Abschluss weiterer für die Schweiz wichtiger Abkommen im Bereich des Binnenmarktes (Stromabkommen) auf dem Spiel, ebenso die Mitwirkung bei den Kooperationsprogrammen ausserhalb des Binnenmarktes. 37 solche Programme laufen im Rahmen des EU-Finanzrahmens 2021–2027. Die zwei grössten sind Horizon Europe (Forschungszusammenarbeit) und Erasmus+ (Austausch von Studierenden und Lehrlingen). Die EWR-Staaten können in 14 dieser EU-Programme mitwirken. Ein Abseitsstehen wäre für die Schweiz mit grossen Nachteilen verbunden.
- Es braucht eine Debatte über neue Modelle der europäischen Integration unter Mitwirkung und Mitgestaltung der Schweiz. Wir betrachten den EU-Beitritt weiterhin als die beste Option. Der antieuropäischen Stimmung muss die Stirn geboten, und es muss an die grundlegende Bedeutung einer regelbasierten europäischen und globalen Zusammenarbeit für die Schweiz erinnert werden.

27 VÖLKERRECHT UND MULTILATERALE POLITIK

Ausgangslage

Die Aussenpolitik der Schweiz hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges modernisiert und seit den 1990er Jahren meist an den grundlegenden Normen der UNO – Frieden, Stärkung der Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung – orientiert. Bloss haben weite Teile einer breiteren Öffentlichkeit davon kaum Kenntnis genommen. Umso einfacher war es für rechtsnationalistische Kreise in der Schweiz, Putin, Orban und Erdoğan nachzueifern und längst überwunden geglaubte nationalistische Mythen einer angeblich unabhängigen und souveränen Schweiz zu reaktivieren. Das eifrig gepflegte Selbstbild einer einsamen Insel des Friedens, die wenig bis nichts mit den grossen Problemen in der weiten Welt zu tun habe, ist eine Illusion. Damit wird geleugnet, dass die Schweiz als einer der weltweit grössten Finanz- und Rohstoffhandelsplätze und Mitglied der Top-20 der Wirtschaftsmächte eine grosse Mitverantwortung bei der Lösung globaler und europäischer Herausforderungen hat. Nicht Alleingang, sondern breite und engagierte multilaterale Mitwirkung ermöglicht, nationale Interessen wirksam und nachhaltig wahrzunehmen und die demokratische Handlungsfähigkeit zu stärken.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für eine aktive, mit starken Partnern vernetzte, multilateral orientierte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Aussenpolitik ein. Die Schweiz soll laut Bundesverfassung (Artikel 54, Absatz 2) «zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» beitragen. Diese Ziele gelten für alle Aussenbeziehungen der Schweiz, einschliesslich Aussenwirtschaft und Sicherheitsfragen. Die Kohärenz in der Aussenpolitik muss deutlich erhöht werden. Die SP steht für eine starke UNO und starke multilaterale Organisationen, die das Völkerrecht achten und weiterentwickeln. Uns schützt nicht das Recht der Mächtigen, sondern die Macht des Rechts.

Das hat die SP erreicht

Unterstützt von der SP hat die Schweiz ihr Engagement in der UNO ausgebaut und nimmt 2023–24 erstmals im UNO-Sicherheitsrat Einsitz. Im Kontext des Ukraine-Krieges setzte sich die SP erfolgreich dafür ein, dass sich die Schweiz nicht hinter ihrer Neutralität versteckte, sondern den Angriffskrieg unmissverständlich verurteilte, die Sanktionen gegen Russland mittrug und sich somit auf die Seite des Völkerrechts und des Grossteils der Staatengemeinschaft stellte.

Die SP trug wesentlich zur aktiven und konstruktiven Rolle der Schweiz im UNO-Menschenrechtsrat und zur Führung zahlreicher bilateraler Menschenrechtsdialoge

bei. Schliesslich war die SP treibende Kraft hinter der Etablierung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP will, dass sich die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat aktiv einbringt und sich konsequent für Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und die Umsetzung der Agenda 2030 sowie für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen einsetzt.
- Eine multilateral abgestimmte Gesamtstrategie für Frieden, Entspannung und soziale Gerechtigkeit ist auch in Gesamteuropa und im Mittelmeerraum gefordert. Nicht Ausgrenzung und Aufrüstung, sondern Einbindung und Wahrnehmung gemeinsamer Interessen müssen wegleitend sein.
- Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte sind Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und stehen jedem Individuum voraussetzungslos zu. Der Privatsektor muss bei der Durchsetzung der Menschenrechte in die Mitverantwortung eingebunden werden.
- Die SP versteht sich als Friedenspartei. Frieden setzt Entwicklung und Sicherheit voraus. Wir wollen uns deshalb der Verantwortung für wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt nicht entziehen und zur wirksamen Umsetzung der wichtigen UNO-Resolution 1325 «Frauen, Frieden, Sicherheit» beitragen.
- Ein funktionierender Staat ist Voraussetzung für sozialen und ökologischen Fortschritt. Die Korruption muss entschieden bekämpft, die demokratische Partizipation auf allen Stufen erhöht und das staatliche Gewaltmonopol gegenüber Warlords und privaten Sicherheitsfirmen durchgesetzt werden. Dafür braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, einen starken Multilateralismus und ein Völkerrecht, das die Straflosigkeit von verbrecherischem staatlichem Handeln ausschliesst.

Ausgangslage

Die Schweizer Standortqualität erreicht im internationalen Vergleich Spitzenwerte. Hauptgründe sind der soziale Frieden, die hohe Qualität des Bildungswesens, der Infrastruktur und des Service public, die politische Stabilität und die hohe Lebensqualität. Diese Grundpfeiler des Schweizer Erfolgsmodells werden durch eine aggressive Steuersenkungspolitik in Frage gestellt, die aus der Schweiz einen Offshore-Standort machen will, der seinen Wettbewerbsvorteil auf die Unterlaufung internationaler Standards baut. Dabei ist klar, dass die grossen Herausforderungen – Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel – auf globaler Ebene nur multilateral und nur im Verbund mit der EU erfolgreich angegangen werden können.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will keine Wirtschaft in den Diensten einiger weniger, sondern eine Wirtschaft in den Diensten aller. Die SP will fairen Handel und nicht bloss Freihandel. Sie steht für eine Unternehmenspolitik, die internationale Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards respektiert. Solche Standards müssen multi- und bilateral verbindlich geregelt, geschlechtergerecht ausgestaltet und tatsächlich umgesetzt werden. Transnational tätige Unternehmen müssen in ihrem Tun die Menschen- und Umweltrechte strikt einhalten und diesbezüglich zur Rechenschaft gezogen werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es griffige Sorgfaltspflichten, eine transparente Rechnungslegung, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, namentlich der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), sowie einen starken Multilateralismus statt Deregulierung und nationalistischen Egoismus.

Das hat die SP erreicht

Am 29. November 2020 wurde die Konzernverantwortungsinitiative von der Mehrheit der Stimmenden angenommen, scheiterte aber am Ständemehr. Somit kam der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments zum Zuge. Am 7. März 2021 kam es zu einer weiteren knappen Abstimmung: Das umfassende Freihandelsabkommen mit Indonesien wurde mit nur 51.7 Prozent angenommen. Seit diesen Abstimmungen ist auch für den Bundesrat klar: Ohne griffige Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards haben aussenwirtschaftspolitische Vorlagen an der Urne einen schweren Stand. Dies erlaubt es der SP, Druck in der Aussenwirtschaftspolitik aufzubauen. Der Druck der SP resultierte darin, dass Handelsabkommen heute über Kapitel zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte verfügen müssen. Alle neueren Abkommen bekennen sich zu entsprechenden Standards. Zudem hat die SP durchgesetzt, dass die Mitspracherechte von Parlament und Bevölkerung bei Handelsabkommen gestärkt wurden. Erfolgreich war die SP zudem mit der Forde-

rung, dass die Schweiz den Konventionen 170 und 174 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beitrifft.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Schweiz muss als führender Rohstoffhandelsplatz wirksame Massnahmen gegen den «Rohstoff-Fluch» ergreifen, also gegen die verbreitete Tatsache, dass Länder mit besonders reichen Rohstoffvorkommen besonders korrupte Regierungen mit einer besonders schlechten Menschenrechtssituation sowie eine besonders ungerechte Verteilung des Reichtums aufweisen. Zu diesen Massnahmen gehören eine erhöhte Sorgfaltspflicht der Konzerne, hohe Transparenz im Rechnungswesen mit länderweisen konsolidierten Zahlen und eine starke Aufsicht in der Schweiz.
- Es braucht wirksame institutionelle Vorkehrungen, damit die Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit und Einhaltung der Menschenrechte in den Handelsabkommen der Schweiz und der EFTA tatsächlich eingehalten und durchgesetzt werden können einschliesslich einer Abschätzung der Nachhaltigkeitsfolgen und von Verfahrensrechten für die Zivilgesellschaft inkl. Sozialpartner.
- Das Geflecht von weit über 100 bilateralen Investitionsschutzabkommen der Schweiz muss überprüft und nachhaltig ausgestaltet werden. Alle müssen das Recht auf Regulierung, das Verbot zur Verschlechterung von Standards, um daraus Wettbewerbsvorteile abzuleiten, eine Stärkung des nationalen Rechtszuges, eine öffentliche Kontrolle und Verfahrensrechte für Dritte bei internationalen Schiedsgerichten sowie Vorschriften über Transparenz, Nachhaltigkeits- und Sorgfaltspflichten der Investoren beinhalten. Beim Investitionsschutzabkommen mit Indonesien, welches dem Referendum untersteht, wird sich die SP aktiv für diese Ziele einsetzen.
- Die Schweiz hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen zur nachhaltigen Lenkung der globalen Finanzströme verpflichtet. Die ESG-Kriterien (Environmental, Social and Governance) müssen die massgebenden Faktoren zur Messung der Nachhaltigkeit und der ethischen Auswirkung einer Investition in ein Unternehmen werden. Das Ziel ist: Kein Rappen mehr für fossile Energien.

**FRIEDEN,
SICHERHEIT UND
DEMOKRATIE
VERTEIDIGEN**

Ausgangslage

Die Schweiz liegt inmitten eines breiten Rings von stabilen demokratischen Rechtsstaaten und verfügt über eine äusserst komfortable Sicherheitslage. Auch der Krieg in der Ukraine ändert nichts daran, dass die Schweiz nicht von einem Angriff mit konventionellen Mitteln bedroht ist. Die Analyse der Bürgerlichen, dass sich die Bedrohungslage der Schweiz durch den Ukraine-Krieg verschlechtert habe und dass die Schweizer Armee somit massiv aufgerüstet werden müsse, ist völlig falsch. Die Zonen der Instabilität wirken sich aufgrund der internationalen Verflechtung aber auch auf die Sicherheit der Schweiz aus: schwache oder fehlende Rechtsstaatlichkeit, Korruption, zivilisationsbedingte Risiken wie Pandemien, Klimawandel, Terrorismus. Den meisten Sicherheitsrisiken ist mit herkömmlichen militärischen Mitteln nicht beizukommen. Dennoch lenkt die Schweiz ihre finanziellen und personellen Ressourcen im Bereich Sicherheit immer noch überwiegend in eine viel zu grosse Armee, die mit schwerem Gerät auf ein veraltetes Kriegsszenario ab Landesgrenze ausgerichtet ist.

Das sind unsere Grundsätze

Die grossen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen an die Schweiz sind in der heutigen globalisierten Welt weder im Landesinnern noch an der Landesgrenze zu suchen. Vielmehr stellen sie das Ergebnis immer längerer, oft globaler Wirkungsketten dar – die Covid-Pandemie ist das beste Beispiel dafür. Scheinbar fernliegende Entwicklungen in Staat, Wirtschaft, Ökologie, Gesellschaft und Kultur fallen auf die Sicherheit der Schweiz zurück. Auch die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz muss endlich im vernetzten 21. Jahrhundert ankommen, international aktiv mitgestalten und ihren angemessenen Beitrag leisten zum Aufbau einer europäischen Sicherheitszusammenarbeit und zum Ausbau der UNO-Politik zur Verhütung, Eindämmung und Beilegung von Konflikten.

Das hat die SP erreicht

Die SP setzte sich erfolgreich für die Fortführung des Schweizer Engagements für zivile Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ein. So trug die SP zur Fortsetzung des Einsatzes von Schweizer Soldaten im Kosovo bei (Swisscoy). Die SP trug massgeblich zur erfolgreichen Unterschriftensammlung zur Initiative gegen die Beschaffung des F-35 Kampffjets bei. Da das bürgerliche Parlament jedoch auf undemokratische Weise Fakten schuf, musste die Initiative zurückgezogen werden. Mit der Verabschiedung des Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative konnte auf Gesetzesstufe festgeschrieben werden, dass kein Kriegsmaterial direkt aus der Schweiz an Länder exportiert werden darf, die in einen bewaffneten Konflikt involviert sind

oder welche die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Zudem konnte die SP einen Angriff auf den Zivildienst abwehren, der diesen zugunsten der Armeebestände geschwächt hätte.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Armee ist zu gross, zu teuer und falsch ausgerüstet. Es braucht mehr europäische Sicherheitszusammenarbeit, mehr, bessere und raschere Friedensförderungseinsätze und weniger mechanisierte Truppen (Panzer und Artillerie). So können Bestände verkleinert und die Kosten der Armee auf maximal 4 Milliarden Franken jährlich gesenkt werden. Der vom bürgerlichen Parlament beschlossene massive Ausbau der Armeeaussgaben muss rückgängig gemacht oder zumindest gebremst werden. Vielmehr soll die Schweiz über ihr Armeebudget die Ukraine in ihrem Wiederaufbau unterstützen, zum Beispiel bei der Entminung.
- Die SP steht zum Zivildienst und Zivilschutz. Sie tragen zum sozialen Zusammenhalt bei. Die Pläne des Bundesrates, den Zivilschutz zu schwächen, um die – sowieso gesetzeswidrig hohen – Armeebestände zu sichern, müssen verhindert werden.
- Die Friedenspolitik der Schweiz muss institutionell aufgewertet werden. Dazu gehören dauerhafte und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattete Beziehungen zur Zivilgesellschaft, die in Friedensprozessen eine wichtige Rolle spielen.
- Wenn sich in korrupten oder zerfallenden Staaten das staatliche Gewaltmonopol gegen die eigene Bevölkerung wendet und Warlords die Menschen in Angst und Schrecken versetzen, soll die UNO im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems die Zivilbevölkerung schützen und zu mehr Gewaltfreiheit und menschlicher Sicherheit beitragen. Die Schweiz hat sich während ihres Einsitzes 2023/24 im UNO-Sicherheitsrat dafür einzusetzen. Die militärische Friedensförderung der Schweiz ist auszubauen.

Ausgangslage

Glücklicherweise gehört die Schweiz im internationalen Vergleich zu den Staaten mit einer besonders hohen öffentlichen Sicherheit. Sicherheit stellt sich aber nicht von selbst ein, sondern muss immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Die Grundlage unserer Sicherheit – eine inklusive Gesellschaft – ist gefährdet: durch die soziale Spaltung der Gesellschaft, durch Ausgrenzung von Minderheiten, Hasspropaganda, Desinformationskampagnen und die Abwehr von Flüchtlingen, die zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken. Diese Faktoren bilden den Nährboden für grenzüberschreitende Sicherheitsrisiken wie Schlepperwesen, Menschenhandel, organisierte Kriminalität und Terrorismus. Immer wieder benutzen international aktive, korrupte, kriminelle und terroristische Gruppen die Schweiz für logistische Zwecke, für Geldwäscherei oder als Rückzugsgebiet, was sich wiederum negativ auf die Sicherheit der Schweiz auswirken kann.

Das sind unsere Grundsätze

Öffentliche Sicherheit und Sicherheit im Alltag bilden eine unverzichtbare Voraussetzung unserer Lebensqualität. Sicherheit ist ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht zugleich und soll vom Staat im Sinne eines Service public bereitgestellt werden. Die Achtung der Grundrechte, Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren und Unabhängigkeit der Justiz sind zentral und dürfen auch durch Sicherheitsmassnahmen nicht in Frage gestellt werden. Die SP hat ein umfassendes Sicherheitsverständnis. Repressive Massnahmen gegen Gewalt und Kriminalität sind wichtig, genügen aber nicht, um Sicherheit zu schaffen. Dafür braucht es auch soziale und wirtschaftliche Perspektiven für alle. Im innerhäuslichen Bereich trägt der Staat für die Sicherheit Mitverantwortung. Die internationale Sicherheitszusammenarbeit mit den Schengen-Staaten ist zentral. Auch organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Cyber-Kriminalität können nur grenzüberschreitend erfolgreich bekämpft werden.

Das hat die SP erreicht

Dank der Hartnäckigkeit der SP konnte der Schutz vor Waffengewalt in der Schweiz deutlich verbessert werden. 1998 zählte die Schweiz 466 Schusswaffentote (Summe aus Suizid und Tötung), 2020 waren es 196, also weniger als die Hälfte. Ein strengeres Waffengesetz, ein erschwerner Zugang zu Armeewaffen und ein national vernetztes Waffenregister retteten Hunderten von Menschen das Leben. Eine von der SP geprägte Politik kombiniert erfolgreich eine Kultur des Hinschauens, der Prävention, der sozialen Förderung und Integration mit punktueller, gezielter Repression. So konnte die Anzahl Straftaten nach Strafgesetzbuch von 2017 bis 2021 deutlich gesenkt werden (von 439'001 zu 415'008). Nachdem dies die SP schon lange gefor-

dert hatte, wird nun eine Meldepflicht bei Cyber-Angriffen auf kritische Infrastruktur eingeführt.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Der Schutz kritischer Infrastrukturen (Energieversorgung, Personen- und Güterverkehr, medizinische Versorgung) wurde lange vernachlässigt. Es braucht ein nationales Inventar, eine Meldepflicht bei Vorfällen (nicht nur bei Cyber-Angriffen), ein Kompetenzzentrum, unzweideutige Zuständigkeiten und die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen sowohl bei Privaten als auch bei der öffentlichen Hand.
- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und anderen Verbrechen wird immer wichtiger. Die polizeiliche, justizielle und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit der EU soll unter Wahrung der Grundrechte grundsätzlich weiter vertieft und Schengen entsprechend ausgebaut werden. Die Wahrung der Grundrechte bildet dabei unsere rote Linie. Für die SP ist klar: Die Bekämpfung grenzüberschreitender Verbrechen muss auf europäischer Ebene angegangen werden. Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, entsprechende europäische Institutionen zu reformieren. Ein Rückfall auf eine unkoordinierte Politik der einzelnen Länder Europas ist abzulehnen.
- Die Armee und private Sicherheitsdienste müssen aus der inneren Sicherheit zurückgedrängt werden. Die Erbringung privater Sicherheitsdienstleistungen muss auch im Inland durch ein Bundesgesetz geregelt und eingeschränkt werden.
- Alle Menschen haben Anspruch auf Sicherheit. Sicherheit ist unteilbar. Nicht Ausgrenzung, sondern Integration schafft mehr Sicherheit. Die SP steht für griffige gesetzliche Bestimmungen zur Integration ein und will für die Förderung der Integration deutlich mehr Geld vom Bund. Der Opferschutz muss weiter gestärkt und Täter:innenarbeit sowie Prävention gefördert werden. Insbesondere muss der Bund die Kantone verpflichten, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt einzurichten, Zufluchtsorte für Gewaltopfer zu schaffen und die Opfer- und Täter:innenarbeit zu verstärken.

Ausgangslage

Die nationalkonservativen Kräfte unseres Landes reiten seit mehreren Jahren unvermindert heftige Attacken gegen den Rechtsstaat, die Unabhängigkeit der Justiz und das internationale Recht. Es wurden und werden Volksinitiativen und parlamentarische Vorstösse eingereicht, die rechtsstaatliche Prinzipien, Grundrechte und insbesondere den internationalen Menschenrechtsschutz schwächen wollen. Dies mit dem Hinweis, die Schweiz müsse souverän bleiben und das Volk das letzte Wort haben.

Das sind unsere Grundsätze

Die direkte Demokratie und der Rechtsstaat bilden die Grundlage unseres Landes und stehen einander gleichwertig gegenüber. Die SP kämpft gegen das Recht des Stärkeren und für den Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Wir setzen uns für die Stärkung der direkten Demokratie ein und verteidigen einen auf Gleichheit, Freiheit und Solidarität beruhenden Rechtsstaat. Denn auch die Mehrheit darf nicht alles. Ein funktionierendes internationales Recht im Allgemeinen und ein wirksamer internationaler Menschenrechtsschutz im Speziellen liegt im globalen Interesse wie auch im ureigenen Interesse des Kleinstaates Schweiz. Es schützt die Einwohner:innen unseres Landes vor staatlicher Willkür und die Minderheiten vor Diskriminierungen durch die Mehrheit der Abstimmenden. Die Schweiz muss international ein verlässlicher Partner bleiben und sich an internationale Verträge halten. Dazu muss sie auch den internationalen Menschenrechtsschutz wahren und verteidigen. Die Justiz muss für alle zugänglich sein. Bestehende Hürden insbesondere bei den Kosten müssen weiter abgebaut werden.

Das hat die SP erreicht

Die SP konnte einen deutlichen Sieg in der Volksabstimmung gegen die ausländ:innenfeindliche Personenfreizügigkeitskündigungsinitiative der SVP verbuchen. Zudem konnte eine Ausweitung des obligatorischen Staatsvertragsreferendums im Parlament verhindert werden. Im Rahmen der Revision der Zivilprozessordnung konnte die SP eine moderate Senkung der Hürden für den Zugang zu Zivilprozessen erreichen.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die SP wird sich für eine sachliche und offene Diskussion über die Wichtigkeit von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte im politischen Diskurs einsetzen. Dies insbesondere durch die Stärkung der politischen Bildung und Weiterbildung auf allen Stufen.
- Es braucht unseren konsequenten Einsatz gegen sämtliche Schwächungen des nationalen und internationalen Grundrechts- und Menschenrechtsschutzes. Die EMRK als zentraler Baustein einer europäischen Wertegemeinschaft und der EGMR als Hüter des europäischen Menschenrechtsschutzes müssen verteidigt und gestärkt werden.
- Wir werden uns zudem für die Einführung einer wirksamen, unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution mit ausreichenden Kompetenzen und finanziellen Mitteln stark machen. Weiter fordern wir auch die Einführung eines konstruktiven Gesetzesreferendums, mit welchem 50 000 Bürger:innen oder acht Kantone zusammen mit einem Referendum gegen ein Bundesgesetz oder einen Bundesbeschluss einen Gegenvorschlag einbringen können.
- Volksinitiativen, die internationalem Recht widersprechen und keine explizite Kündigung von kündbaren völkerrechtlichen Verträgen vorsehen, sollen auf Gesetzesstufe nur nach Massgabe des internationalen Rechts umgesetzt werden.
- Die SP steht für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung ein: Dafür fordern wir die Offenlegung der grossen Geldflüsse an Parlamentsmitglieder im Register der Interessenbindungen des Parlaments. Zudem sollen die (finanziellen) Zugangshürden für juristische Verfahren und Prozesse gesenkt werden.

Ausgangslage

Die Schweiz war bis vor kurzem das letzte Flächenland in Europa ohne nationale Regelung der Politikfinanzierungstransparenz. Die Antikorruptionsbehörde des Europarates GRECO hat die Schweiz deswegen immer wieder kritisiert. Dennoch hat die bürgerliche Mehrheit im Parlament in den letzten 20 Jahren zahlreiche Vorstösse von linker Seite für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung rundweg abgelehnt. Doch in der Bevölkerung hat der Wind gedreht: So stimmte im Frühling 2018 in den Kantonen Schwyz und Freiburg die Mehrheit der Stimmbevölkerung für die Transparenz-Initiative der Juso. Unter dem Druck der von der SP wesentlich mitgetragenen Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» haben National- und Ständerat im Sommer 2021 endlich eine griffige nationale Regelung für die Politikfinanzierung verabschiedet, worauf die Volksinitiative zurückgezogen wurde.

Das sind unsere Grundsätze

In keinem anderen Land können die Bürger:innen so oft abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Darauf sind wir zu Recht stolz. Umso wichtiger ist es, dass Bürger:innen, die sich eine Meinung bilden wollen, wissen, wieviel Geld die Parteien und Komitees haben, was eine Wahl- oder Abstimmungskampagne kostet und welche grossen Geldgeber:innen dies bezahlen. Um die Glaubwürdigkeit der Politik zu stärken, braucht es Klarheit darüber, wer wem grosse Geldsummen spendet und wer dadurch Interesse am Erfolg eines Anliegens oder einer Kandidatur haben könnte. Denn bei grossen Spenden können Abhängigkeiten entstehen. Es entsteht dadurch keine unnötige Bürokratie, da der Fokus auf Grossspenden liegt. Auch die Parlamentsmitglieder sollen mehr Transparenz herstellen, indem sie aufzeigen, welche finanziellen Leistungen sie in Zusammenhang mit ihren in den Interessenbindungen aufgeführten Mandate und Ämter erhalten. Es braucht zusätzlich eine Obergrenze der privaten Zuwendungen an Bundesparlamentarier:innen, um zu starke finanzielle Abhängigkeiten einzugrenzen. Mit mehr Transparenz in der Politikfinanzierung fördern wir die Meinungsbildung, stärken das Vertrauen in die Politik und damit unsere direkte Demokratie.

Das hat die SP erreicht

Unter dem Druck der von der SP lancierten breiten Allianz der Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» haben National- und Ständerat im Sommer 2021 endlich eine griffige Regelung für die Politikfinanzierung verabschiedet, worauf die Volksinitiative zurückgezogen wurde. Damit hat die SP gemeinsam mit ihren Verbündeten Historisches geschafft. Bei den eidgenössischen Wahlen 2023 müssen erstmals Grossspender:innen von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees veröffentlicht werden.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Das übergeordnete Ziel der SP für die kommende Legislatur ist, dass der griffige Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative konsequent vollzogen wird.
- Die SP setzt sich zudem dafür ein, dass neben den Parteifinzen auch mehr Transparenz bei den parlamentarischen Interessenbindungen hergestellt wird. Dafür sollen die Parlamentsmitglieder ihre Geldflüsse in Zusammenhang mit ihren jeweiligen Interessenbindungen offenlegen.
- Weiter sollen Parlamentarier:innen in Zukunft offenlegen, wenn sie Reisen von Lobbyorganisationen, Verbänden und Behördenorganisationen annehmen.
- Mehr Transparenz fordert die SP auch betreffend Lobbyist:innen: Es braucht eine unabhängige, sachliche Akkreditierungsstelle zur Erteilung des Zutritts ins Bundeshaus. Das System der Lobbyist:innen-Zugangsbadges dank Kontakten zu Parlamentarier:innen ist nicht mehr zeitgemäss.

33 BÜRGER:INNENRECHTE

Ausgangslage

Die politische und gesellschaftliche Teilhabe von möglichst vielen in unserem Land lebenden Menschen ist zentral für die politische und gesellschaftliche Akzeptanz unserer Demokratie. Dabei besteht in der Schweiz allerdings ein massiver Nachholbedarf: Wir sind nur eine ¾-Demokratie. Über ein Viertel der erwachsenen Menschen in unserem Land haben keinerlei politischen Mitentscheidungsrechte. Und dies nur weil sie keinen Schweizer Pass haben. Zudem sind in der Schweiz auch die unter 18-jährigen Jugendlichen vom Stimmrecht ausgeschlossen, obwohl sie von den aktuellen Entscheidungen der Politik am längsten betroffen sind. Und schliesslich bestehen für Menschen mit Behinderungen in unserem Land noch immer hohe Hürden, um ihr Stimm- und Wahlrecht ausüben zu können. Hinzu kommt, dass die Schweiz die UN-Behindertenrechtskonvention zwar 2014 ratifiziert hat – bei der Umsetzung jedoch meilenweit hinterherhinkt, wie mehrere Schattenberichte von Behindertenorganisationen zeigen.

Das sind unsere Grundsätze

Viel zu spät – nämlich erst vor rund 50 Jahren – wurde in der Schweiz das Stimm- und Wahlrecht für die Schweizer Frauen eingeführt, nach jahrzehntelangem, erbittertem Kampf nicht zuletzt der SP. Es ist allerhöchste Zeit, um auch die weiteren Lücken in der politischen Mitentscheidung von Menschen in unserem Land zu schliessen, namentlich für Menschen ohne Schweizer Pass, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen. Aber auch bei der gesellschaftlichen Teilhabe haben wir noch einen langen Weg vor uns: Wir stehen ein für eine Gesellschaft, in der Inklusion kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern auch im Alltag gelebt wird.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP wurde die Einbürgerung für Ausländer:innen der 3. Generation erleichtert. Zudem lässt das Parlament den Bundesrat prüfen, wie die Einbürgerung von Ausländer:innen in der 2. Generation erleichtert werden kann. Weiter berät das Parlament aktuell die Einführung des Stimmrechtsalter ab 16 Jahren, auch dies ist eine langjährige Forderung der SP.

Das will die SP 2023 bis 2027 erreichen

- Die Einbürgerungsvoraussetzungen müssen gelockert werden und Einbürgerungsverfahren angemessen, fair und unter Wahrung von verfahrensrechtlichen Grundsätzen als administrativer Akt auf Bundesebene ausgestaltet werden. Wer seit 5 Jahren legal in der Schweiz lebt, hat Anspruch auf Erteilung des Schweizer Bürgerrechts.
- Die politische Teilhabe der Menschen in diesem Land ist zentral. Deshalb wird sich die SP für die Einführung des passiven und aktiven Stimm- und Wahlrechts für Ausländer:innen, die seit 5 Jahren legal in der Schweiz leben, einsetzen. Jugendliche ab 16 Jahren sollen das aktive Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene erhalten.
- Wir fordern, dass die politischen Rechte für Menschen mit Behinderungen auf allen Staatsebenen sichergestellt werden. Denn auch sie sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und sollen sich aktiv am politischen Leben beteiligen können.
- Die SP Schweiz wird sich für eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einsetzen. Nebst der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen muss auch die gesellschaftliche Inklusion zur Norm werden. Insbesondere sinnvoll wäre diesbezüglich ein umfassender Aktionsplan von Bund und Kantonen zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse. Wir fordern sowohl rechtliche als auch tatsächliche Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – und dies in allen Bereichen. Damit auch Menschen mit Behinderungen in der Schweiz ein selbstbestimmtes Leben führen können.

WEITERFÜHRENDE MATERIALIEN

Kaufkraft stärken und Ungleichheit verringern

- Analysepapier Kaufkraft 2023 → [hier](#)
- Resolution Berufliche Vorsorge (BVG) 2023 → [hier](#)
- Resolution Wohnen und Obdach 2023 → [hier](#)
- Positionspapier Armut 2022 → [hier](#)
- Massnahmenpapier Kaufkraft 2022 → [hier](#)
- Positionspapier Covid-Pandemie 2021 → [hier](#)
- Grundlagenpapier Sozialhilfe 2015 → [hier](#)

Klimakrise bekämpfen und Versorgungssicherheit garantieren

- Positionspapier Versorgungssicherheit 2022 → [hier](#)
- 10-Punkte-Plan Klimapolitik 2022 → [hier](#)
- Resolution Klimakrise 2022 → [hier](#)
- Positionspapier Klimaschutz → 2020 [hier](#)

In der Gleichstellung endlich vorankommen

- 3-Punkte-Plan Familienpolitik 2021 → [hier](#)
- 6-Punkte-Plan für Gleichstellung 2019 → [hier](#)
- 5-Punkte-Plan gegen Gewalt an Frauen 2018 → [hier](#)

Chancengerechtigkeit bei der Bildung, Kultur und Medienvielfalt fördern

- Resolution Service Public 2022 → [hier](#)
- Positionspapier Lehrer:innenmangel 2022 → [hier](#)
- Positionspapier SRG 2021 → [hier](#)
- Service Public in der Covid-Pandemie 2021 → [hier](#)

Steuergerechtigkeit und gute Löhne für alle sicherstellen

- Resolution kantonale Mindestlöhne 2023 → [hier](#)
- Positionspapier Geldwäscherei 2022 → [hier](#)
- Positionspapier Arbeit und Ausbildung 2019 → [hier](#)
- Grundlagenpapier Wirtschaft 2018 → [hier](#)

Verantwortung für globale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt in Europa übernehmen

- Strategiepapier Europapolitik 2022 → [hier](#)
- Positionspapier Asyl / Ukrainekrieg 2022 → [hier](#)
- China-Strategie 2019 → [hier](#)

Frieden, Sicherheit und Demokratie verteidigen

- Positionspapier Neutralität 2022 → [hier](#)
- Resolution Nein zum Krieg 2022 → [hier](#)
- Resolution Stimmrecht 2021 → [hier](#)
- 10-Thesenpapier Sicherheitspolitik 2018 → [hier](#)

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach
3001 Bern
Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70
www.spschweiz.ch

Layout: Atelier Bläuer, Bern
Druck: Valmedia AG, Visp

© 2023

www.spschweiz.ch